# Rede des Genossen Ernst Aust zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML

Auszüge Seite 9 - 12

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 12 vom 20. März 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

## DGB-Bonzen loben 'fairen Kompromiss'

# 5,4% sind Lohnraub

**Der erste Tarifabschluß dieses Jahres in der Metallindustrie in Nordwürttemberg/Nordbaden ist glatter Lohnraub. Die Metallkapitalisten und der Gewerkschaftsapparat der IG Metall beschlossen eine Lohn-„erhöhung" von 5,4% ab 1. April, eine Pauschale von 330 DM für die ersten drei Monate dieses Jahres und einen zusätzlichen Urlaubstag ab 1977. Auf deutsch gesagt: das ist keine Lohnerhöhung, sondern eine Lohnsenkung. Für Hunderttausende von Arbeitern und ihre Familien heißt das, daß ihr Leben noch schwerer und ihre Sorgen noch größer werden.**

Trotzdem hatte der Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg, Steinkühler, der sich besonders gern das Mäntelchen eines entschiedenen Vertreters der Interessen der Arbeiter umhängt, die Stirn, nachdem er gerade gemeinsam mit den Metallkapitalisten den Lohnraub beschlossen hatte, auch noch von einem „fairen Kompromiß" zu sprechen. Selbst die bürgerliche Presse wagte es angesichts der Tatsachen nicht, so weit zu gehen. Im Gegenteil. Sogar die „Welt", die sonst keine Gelegenheit ausläßt, gegen die Arbeiter zu hetzen und jede Forderung und sei sie auch noch so klein, als große Gefahr für den „Aufschwung der Wirtschaft", d.h. für den Profit der Kapitalisten hinstellt, schrieb ganz offen: „Immerhin liegt der Abschluß unter der gegenwärtigen Inflationsrate. ...die Realeinkommen sinken... Damit ist ein wichtiges Datum für die diesjährige Lohnrunde gesetzt."

Trotzdem hat der Verband der Metallkapitalisten, „Gesamtmetall", den Tarifabschluß in Nordwürttemberg/Nordbaden abgelehnt. Offensichtlich ist ihnen der Lohnraub noch nicht hoch genug, wollen sie noch mehr, noch höhere Profite aus den Knochen der Arbeiter herauspressen. Die Kapitalisten haben gerade in der Krise die Ausbeutung überall enorm verschärft. So, wie bei Opel in Rüsselsheim, wo 4000 Kollegen entlassen wurden, die Produktion aber weiter auf vollen Touren läuft, wie im „Rekordjahr" 1972, wo zwei Kollegen heute das gleiche schaffen müssen, wie drei oder vier vor einigen Jahren, wo Sonderschicht um Sonderschicht gefahren wird, um auch noch das letzte herauszuholen, wo die Bandgeschwindigkeit und die Arbeitshetze so gesteigert wurden, daß die Kollegen oft nicht einmal mehr Zeit haben auf die Toilette zu gehen usw. usf., so sieht es in den allermeisten Betrieben aus. Gleichzeitig haben die Kapitalisten in der letzten Zeit in vielen Betrieben versucht, übertarifliche Lohnzulagen, Sozialleistungen usw. usf. ersatzlos zu streichen.

Mit solchen und ähnlichen Angriffen versuchen die Kapitalisten nicht nur die „Lasten der Krise" auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen, sondern auch die Ausbeutung zu verschärfen, um ihre Profite nicht nur zu halten, sondern sogar noch zu steigern. Nach einer Berechnung der IG Metall haben so z.B. von den 50 Betrieben, die ihren Aktionären 1974 die höchsten Dividenden gezahlt haben, 1975 33 ihre Dividenden erneut erhöht. Nur sechs zahlten eine niedrigere Dividende. Trotz Krise war das Jahr 1975 z.B. für Daimler-Benz das „beste Nachkriegsjahr".

Zwischen der Arbeiterklasse und ihren Ausbeutern, der Bourgeoisie, d. h., der Kapitalistenklasse, gibt es keine gemeinsamen Interessen. Die Vergrößerung des Elends der Arbeiter, die Verschlechterung ihrer Lebenslage, ist ja gerade die Bedingung für die Steigerung des Profits der Kapitalisten. Und die Jagd nach dem höchstmöglichen Profit ist das Gesetz, das die kapitalistische Produktion regiert. Solange die kapitalistische Ausbeuterordnung existiert, sind die Arbeiter gezwungen, ständig für die Verteidigung ihrer Lebensbedingungen zu kämpfen, ohne verhindern zu können, daß, abgesehen von einzelnen Erfolgen, ihr Elend und ihre Not immer größer werden. **Erst der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, garantiert den Arbeitern und allen anderen Werktätigen mit dem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, mit der Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung auch ein Leben ohne Elend und Not, in dem sich die Lebensbedingungen ständig verbessern.**

Fortsetzung auf Seite 4

## Wachsende Empörung der Volksmassen



In Vitoria machten 50000 Menschen die Beerdigung ihrer ermordeten Kameraden zu einer machtvollen Demonstration gegen das faschistische Regime in Spanien.

# Grossveranstaltung zur Gründung der KPD/ML in der DDR

**Rund 2300 Menschen waren gekommen, um in Dortmund die Gründung der KPD/ML in der DDR zu feiern. Wenn auch die Genossen der DDR nicht nach Dortmund kommen konnten — in Gedanken nahmen auch sie an der Veranstaltung teil. In einer Grußadresse, die sie an die Veranstaltung richteten, heißt es: „Die herrschende Verräterclique in der DDR hindert uns daran, selbst anwesend zu sein und zu Euch zu sprechen, doch sie kann nicht verhindern, daß in diesem Augenblick unsere Herzen und Gedanken bei Euch sind."**

**Die Veranstaltung war geprägt von der großen Begeisterung, die die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML gegen das sozialfaschistische Regime in der DDR unter allen fortschrittlichen Menschen ausgelöst hat. Höhepunkt der Veranstaltung war die Rede des Genossen Ernst Aust, aus der wir Auszüge auf den Seiten 9-12 abdrucken. Mit großem Beifall wurden die verschiedenen Grußadressen aufgenommen: die Grußadresse der Roten Hilfe Deutschlands, vorgetragen von Genossen Bernd Reisser, der gerade aus dem Gefängnis entlassen wurde; die Grußadresse eines afrikanischen Genossen und eines Genossen der PCE/ML. Ein Ausdruck der Begeisterung und der Klassensolidarität mit unseren Genossen in der DDR war auch die Spendensammlung zur Unterstützung der Genossen in der DDR: Sie ergab über 13000 DM.**

**(Siehe auch Seite 9-12).**

## CDU stimmt Polen-Vertrag im Bundesrat zu

# "Aussöhnung" mit Polen?

**Wochenlang, ja monatelang ist das Gerangel um das Abkommen mit Polen gegangen. Da war die Rede von „unüberbrückbarer Kluft" zwischen SPD/FDP und CDU/CSU, von „scharfer Konfrontation" usw. Heftige Debatten und Redeschlachten erweckten bis zur letzten Minute den Eindruck, die Annahme des Abkommens sei fraglich. Doch im Bundesrat wurde das Abkommen schließlich einstimmig angenommen.**

**Ist damit, wie die Zeitungen jetzt schreiben, ein „Schritt auf dem Weg der Versöhnung" mit Polen getan?**

Einmal abgesehen von all den großen und leeren Worten besteht das Abkommen nüchtern betrachtet darin, daß die westdeutschen Imperialisten der revisionistischen Gierek-Clique ca. 2 Mrd. Mark zahlen, die Hälfte davon als Kredit, und dafür vorerst 125000 polnische Staatsbürger geliefert bekommen. Kurzum: ein Menschenhandel. Mit „Aussöhnung" der Verbrechen, die der deutsche Imperialismus während des Hitlerfaschismus am polnischen Volk begangen hat, hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun. Die westdeutsche Regierung, die heute in Polen verhandelt, vertritt niemand anderen als dasselbe Monopolkapital, denselben Imperialismus, der eben diese schweren Verbrechen am polnischen Volk begangen hat. Das Interesse dieser westdeutschen Regierung ist es, durch das Abkommen in Polen den wirtschaftlichen Einfluß des westdeutschen Imperialismus auszuweiten und mit dem Einkauf von Menschen auch politisches Kapital aus ihnen zu schlagen. Und die Gierek-Clique? Sie vertritt nicht minder volksfeindliche Ziele. Die polnische Revisionistenbande, die in Polen den Kapitalismus restauriert und Polen vollständig dem russischen Sozialimperialismus unterworfen hat, verschachert ihre Staatsbürger auf der Jagd nach westlichen Krediten, mit denen sie die völlige Misere ihrer Kapitalistenwirtschaft in Polen zu lindern suchen. Hier schachern zwei Bourgeoisien miteinander auf Kosten der Werktätigen ihres Landes. „Aussöhnung" wird es zwischen ihnen niemals geben — es sei denn in formalen Abkommen und Verträgen, die die westdeutschen Imperialisten wie auch die Oberherren Polens in Moskau von heute auf morgen wieder zerreißen können.

**Wirkliche brüderliche Gemeinsamkeit aber gibt es zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk. Und zwar nicht aufgrund der Verträge, die der kapitalistische Staatsapparat Westdeutschlands und Polens miteinander geschlossen haben, sondern gerade im Kampf gegen diese Staatsapparate der Bourgeoisie für die proletarische Revolution, für die Errichtung bzw. für die Wiedererrichtung der Diktaur des Proletariats.** In diesem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für die Diktatur des Proletariats, stehen die polnische wie die deutsche Arbeiterklasse in einer Front, mit ihren marxistisch-leninistischen Parteien, der unter schweren illegalen Bedingungen kämpfenden KP Polens und der KPD/ML, an der Spitze. Das ist keine Einheit und Solidarität von Schacherverträgen und verlogenen Worten, sondern eine Einheit und Solidarität, die sich im gemeinsamen Kampf bewährt und festigt.

Nicht um „Aussöhnung", sondern um imperialistischen Schacher ging es bei diesem Abkommen. Dabei war es

Fortsetzung auf Seite 2

### AUS DEM INHALT

## CSSR-Revisionisten fordern

# Moskau soll Recht auf Intervention erhalten

**Kurz nach dem Abschluß des 25. Parteitages der Sowjetrevisionisten erschien in der Monatszeitschrift der tschechoslowakischen Revisionisten „Nova Mysl" ein Artikel, in dem ein neues „sozialistisches Völkerrecht" gefordert wird. Diese „Völkerrecht" soll zwischen den revisionistischen Ländern, die von den russischen Sozialimperialisten beherrscht werden,gelten, aber auch in den Beziehungen zwischen den revisionistischen Parteien auf der ganzen Welt.**

Bereits auf dem 25. Parteitag der Sowjetrevisionisten wurde immer wieder betont, daß die „Festigung der Einheit des sozialistischen Weltsystems" eine „wichtige Aufgabe der Gegenwart" sei. Hinter dieser Phrase der Sowjetrevisionisten steckte die Ankündigung der neuen Kremlzaren, daß sie ihre Kontrolle und ihren Oberbefehl in ihrem Einflußbereich noch konsequenter durchsetzen wollen bei der Verfolgung ihrer Weltherrschaftspläne. Der Vorschlag der tschechoslowakischen Revisionisten stößt in genau das gleiche Horn. Grundlage ihres „neuen Völkerrechts" nämlich soll „die brüderliche gegenseitige Hilfe beim Aufbau, der Festigung und der Verteidigung des Sozialismus und des Klassenkampfes gegen den Imperialismus" sowie die „gegenseitige Anerkennung der politischen, militärischen und anderen Hilfe" sein. Was hier als „sozialistisches Völkerrecht" ausgegeben wird, ist die bekannte Breschnew-Doktrin, die Doktrin der russischen Sozialimperialisten von der „beschränkten Souveränität". Und was diese Doktrin praktisch bedeutet, haben die russischen Sozialimperialisten 1968 mit ihrem Überfall auf die Tschechoslowakei in aller Deutlichkeit demonstriert: Dort,wo es in ihrem Herrschaftsbereich nicht nach dem Willen der neuen Zaren geht, da ist angeblich der „Sozialismus" — der schon lange liquidiert worden ist — in Gefahr, dort ist es dann die „Pflicht" der Kremlzaren, ihre imperialistische Gewaltherrschaft militärisch durchzusetzen. Die Souveränität anderer Länder zu beschränken, sie zu unterdrücken und zunichte zu machen, ist gerade ein Merkmal des Imperialismus. Die sozialistischen Länder, die VR China und die Volksrepublik Albanien dagegen, die eine wahrhaft sozialistische Außenpolitik betreiben, unterstützen gerade im Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus die Völker, die um die Wahrung ihrer Souveränität und Unabhängigkeit kämpfen.

Neu an dem Vorschlag der tschechoslowakischen Revisionisten aber ist, daß ihr „Völkerrecht" nicht nur auf die revisionistischen Länder und die revisionistischen Parteien in diesen Ländern angewandt werden soll, sondern daß nach ihrem Vorschlag auch die revisionistischen Parteien der anderen kapitalistischen Länder — sei es in Westeuropa, Afrika oder Lateinamerika — betroffen sein sollen. Auch in dieser Hinsicht steht der Vorschlag der tschechoslowakischen Revisionisten in direktem Zusammenhang mit dem 25. Parteitag der russischen Sozialimperialisten. Es ist bekannt, daß es vor diesem Parteitag zur offenen Konfrontation zwischen den französischen, italienischen, englischen und anderen westlichen Revisionistenparteien einerseits und den Sowjetrevisionisten andererseits gekommen ist. Viele dieser westlichen revisionistischen Parteien sind nicht mehr bereit, das unumschränkte Diktat der Sowjetrevisionisten hinzunehmen. Der Grund ist offensichtlich: Für diese Parteien, die ja nicht nur Diener Moskaus sind, sondern vor allem Diener ihrer eigenen Bourgeoisie, wird die Verteidigung des sozialfaschistischen Regimes in der Sowjetunion und des sowjetischen Weltherrschaftsstrebens in zunehmenden Maße ein Hemmschuh, um in der Arbeiterklasse Einfluß zu gewinnen und die Arbeiterklasse, gemäß dem Auftrag der eigenen Bourgeoisie, von der Revolution fernzuhalten.

In dieser Situation wäre den russischen Sozialimperialisten ein schriftlich verbrieftes Interventionsrecht, das, wie die tschechoslowakischen Revisionisten vorschlagen, auch bei den westlichen Revisionistenparteien gelten soll, nur allzu recht. Es würde bedeuten, daß die Sowjetrevisionisten die Führungen der Parteien allein nach ihrem Belieben schlichtweg absetzen oder umbesetzen könnten, die nicht in jeder Hinsicht den Anweisungen aus Moskau Folge leisten. Dieser Vorschlag der tschechoslowakischen Revisionisten wird jedoch gewiß nicht zur verstärkten Einheit der revisionistischen Parteien führen, sondern das Gezänk der westlichen revisionistischen Parteien um ihren eigenständigen Weg des Verrats noch lauter ertönen lassen.

Daß der Vorschlag zu diesem „neuen Völkerrecht" ausgerechnet von den tschechoslowakischen Revisionisten vorgebracht wird, zeigt ihre ganze Unverfrorenheit. Denn gerade das tschechoslowakische Volk, das dieses „Recht" bereits 1968 am eigenen Leib bitter zu spüren bekam, haßt die sowjetischen Sozialimperialisten und kämpft nach wie vor gegen sie. Doch zum anderen ist es nicht verwunderlich, daß gerade die tschechoslowakische Revisionistenclique bereit ist, derartige Garantien gegenüber den russischen Sozialimperialisten zu unterzeichnen. Denn diese Bande ist schließlich allein durch die militärische Intervention der russischen Sozialimperialisten an die Macht gekommen und kann sich nur auf diese gestützt an der Macht halten. Sie sind abgrundtiefe Verräter der sozialen und nationalen Interessen des tschechoslowakischen Volkes, willfährige Vasallen der neuen Zaren im Kreml.

# "Aussöhnung" mit Polen?

Fortsetzung von Seite 1

von vornherein keine Frage, daß dieses Abkommen scheitern würde. Denn nicht im Parlament fallen die wichtigen Entscheidungen durch das Händchenheben der Abgeordneten, sondern in den Konzernetagen des westdeutschen Monopolkapitals. So wurde auch das Polen-Abkommen im Auftrag und im Dienst der westdeutschen Imperialisten von der SPD/FDP-Regierung abgeschlossen. Wie sollte da die CDU/CSU, die ja nicht anders eine Partei des Monopolkapitals ist, gegen dieses Abkommen sein? Soweit sie gegen dies Abkommen aufgetreten ist, geschah das höchstens, um in dem ständigen Gerangel der bürgerlichen Parteien um die besten Fleischtöpfe, sich Vorteile zu verschaffen, sich als die bessere Regierungspartei hinzustellen.

Eine CDU/CSU-Regierung hätte nicht anders dieses Abkommen im Auftrag des westdeutschen Imperialismus abgeschlossen Und auch als diejenige Partei, die im Parlament gegenwärtig die „Oppositin" spielt, hatte sie sich von Anfang an in Gesprächen mit Vertretern des Monopolkapitals wie auch mit Vertretern der SPD/FDP-Regierung auf dieses Abkommen geeinigt. Schmidt und Kohl haben dies während der Bundestagsdebatte in ihrem Parteien-Hickhack auch sogar zugegeben. Schmidt bekannte, daß er noch vor der Unterzeichnung des Abkommens in Warschau mit CDU/CSU-Fraktionschef Carstens gesprochen habe, um sich über die Haltung der Bundesländer mit CDU-Regierungen im Bundesrat zu „vergewissern". „Zu vergewissern" — „ich bleibe bei dieser sehr vorsichtigen Formulierung", betonte Schmidt, der die Karten wohl nicht ganz aufdecken mochte, „weil ich nicht mehr Schaden anrichten möchte als unvermeidbar sein könnte." Im Verlauf der Debatte äußerte sich Schmidt sogar noch offener: es habe vor der Reise Genschers nach Warschau zur Paraphierung des Abkommens ein Telefongespräch zwischen Genscher und CDU-Kohl gegeben, bei dem man sich einig war. Schmidt: „Und bei dieser Gelegenheit ist die Überzeugung vermittelt worden...,daß die Ratifikation in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz vonstatten gehen würde."

Die Zustimmung zu dem Abkommen im Bundesrat zeigt ebenfalls, daß die CDU/CSU von vornherein das Abkommen nicht scheitern lassen wollte. Offiziell heißt es bei der CDU/CSU, daß die Erklärung der polnischen Regierung zu dem Abkommen, die kurz vor der Behandlung im Bundesrat eintraf, einen „Wandel" herbeigeführt habe. Worin aber bestand denn dieser „Wandel"? Im Vertragstext des Abkommens hieß es: es gäbe keine zeitliche Einschränkung für die Einreichung und Bearbeitung der Anträge von Personen, die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen, was bedeutet, daß auch in diesen Fällen die Ausreisegenehmigung nach den genannten Verfahren erteilt werden können." Jetzt hat die polnische Regierung in letzter Minute eine Erklärung in gleichem Wortlaut abgegeben, in der das Wörtchen „können" allerdings fehlt. Geändert aber hat sich an der Vereinbarung und dem Schacher nichts. Denn der eigentliche Schacher, den die westdeutschen Imperialisten und die polnische Revisionistenclique noch beginnen werden, dreht sich um einen Punkt des Abkommens, wenn es heißt: „Personen, die die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen" dürfen aus Polen ausreisen. Diese „Information", die 1970 ausgetauscht wurde, besagt, daß ausreisen darf, wer eine „unbestreitbar deutsche Volkszugehörigkeit" besitzt. Eben über dieses Wort„unbestreitbar" wird der Streit gehen, bei dem die westdeutschen Imperialisten mehr Menschen für ihr Geld rausschlagen wollen und die polnische Revisionistenclique mehr Kredit für ihre „Menschenware".

Der groß herausgestellte „Wandel der Situation" durch die polnische Regierungserklärung ist im wesentlichen ein Bluff, ebenso wie der ganze Schwindel über „abgrundtiefe" und „unüberbrückbare Widersprüche" zwischen CDU/CSU und SPD/FDP. Es wurde ein Theater veranstaltet, um die Werktätigen darüber zu täuschen, daß das Parlament, eine Partei wie die andere, die Interessen des Kapitals vertritt und zum verwaltenden Ausschuß des Monopolkapitals gehört. Ihr ganzes Hickhack diente zum Betrug der Werktätigen, denen vorgespielt wurde, daß es wirkliche Alternativen für sie im Parlament gäbe, daß sich hier zwei Welten gegenüberstehen würden. Das ist der Grund dafür, warum die SPD/FDP so groß die „Aussöhnung" propagierte und die CDU unter dem Etikett der „Humanität" noch mehr Ausreisegenehmigungen als die Regierung zu fordern vorgab. Doch weder „Humanität" noch „Aussöhnung" standen hier zur Wahl, sondern hinter diesen Lügen stand die gemeinsame Absicht, im Dienste des westdeutschen Imperialismus ein Abkommen gegen das deutsche und gegen das polnische Volk zu schließen.

Gerade in diesen Monaten, wo es auf die Bundestagswahlen zugeht, verfolgen alle bürgerlichen Parteien besonders das Ziel, sich in tausenderlei Fragen gegeneinander abzugrenzen, der eine in diesem Kostüm, der andere in jener Maske, um die „demokratische Vielfalt des Systems", wie sie es nennen, aufzupolieren. Selbst bürgerliche Zeitungen wie „Die Welt", die sich stets mühte, die Widersprüche zwischen SPD/FDP und CDU/CSU als „unüberbrückbar" hinzustellen, mußte angesichts des Hickhacks während der Bundestagsdebatte um die Polenabkommen zugeben: "Der heiße Wind des Bundestagswahlkampfes wehte gestern durch den Plenarsaal des Bundestages. Die Polendebatte wurde zu einem innenpolitischen Ringen um Wählerstimmen." Es ist kein Wunder, daß die bürgerlichen Parteien vor der Wahl alle Möglichkeiten nutzen, um noch einmal kräftig Wind zu machen. Denn zu verschlissen ist bereits das von ihnen geprägte Bild der "Reform-Regierung" der SPD/FDP und dem „Ordnungsfaktor" CDU/CSU. Ihre gemeinsamen Maßnahmen gegen die Werktätigen — ob unter dem Schlagwort „Zusammenstehen in der Krise", was für die Werktätigen Lohnraub und Ausplünderung bedeutet, oder unter dem Schlagwort „Solidarität der Demokraten", unter dem die Faschisierung gegen den Kampf der Werktätigen und insbesondere gegen die Marxisten-Leninisten vorangetrieben wurde — haben deutlicher als zuvor gemacht, daß hinter der einen wie der anderen bürgerlichen Partei, hinter all ihren angeblichen „Alternativen" ein und dasselbe steht: die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus.

# Bundeskanzler erbittet Gnade für Naziverbrecher

Wo es um Völkermörder, um Nazifaschisten geht, die schwerste Verbrechen gegen die Völker begangen haben, da entdecken die westdeutschen Imperialisten samt ihrer Regierung und ihrer Klassenjustiz plötzlich ihre „menschliche Ader". Ein neues Beispiel dafür hat Bundeskanzler Schmidt gegeben. In einem Telegramm an den italienischen Ministerpräsidenten forderte Schmidt die Begnadigung von Herbert Kappler, der als ehemaliger Obersturmbannführer und Polizeichef von Rom während des II. Weltkrieges verurteilt worden ist. Kappler ist unheilbar an Darmkrebs erkrankt.

Warum ist dieser Mann, für den Schmidt sich so sehr einsetzt, inhaftiert? Italienischen Partisanen, die heldenhaft gegen den Hitlerfaschismus wie auch gegen die italienischen Faschisten kämpften, war es 1944 gelungen, bei einem Sprengstoffanschlag 32 Soldaten der Hitlerfaschisten zu töten. Die Hitlerfaschisten nahmen für diese Niederlage blutige Rache: Sie ermordeten 320 italienische Geiseln. Als infolge des Anschlags ein weiterer Hitlersoldat sein gerechtes Ende fand, war es Kappler, der zehn weitere italienische Geiseln auswählte und diese feige ermorden ließ.

Wehe aber, ein solcher Verbrecher erkrankt, dann bemüht sich der Bundeskanzler sogar persönlich. Diese Bemühungen des westdeutschen Staatsapparates und seiner Regierung lassen sich mit einem abgewandelten Sprichwort gut charakterisieren: "Sag mir, wem Deine Hilfe gilt, und ich sage Dir, wer Du bist."

## Kurz berichtet

**KIEL**

Inzwischen erschien bereits die zweite Nummer von „Die Triebkraft", Zeitung der ROTEN GARDE für die werktätige Jugend auf der MaK. Diese Nummer 2 der Zeitung beschäftigt sich ausführlich mit den Jugendvertreterwahlen.




**HAMBURG**

Aus Hamburg erreichte uns eine Resolution der Klasse 5 M 3 der Gewerbeschule für Maschinenbau (G 1) gegen den Paragraphen 88 a. Darin heißt es u. a.: „Wir lehnen dieses Gesetz ab, weil es unsere Rechte nehmen will. Wir erklären deshalb, daß wir uns durch dieses Gesetz nicht abhalten lassen werden, für unsere Rechte weiterhin einzutreten und zu kämpfen als auch andere Kämpfe zu unterstützen." Die Resolution wurde bei 2 Enthaltungen und einer Gegenstimme angenommen.

**HEIDELBERG**

Anfang März wurde in Heidelberg ein Kollektiv des KSB/ML, Sektion der ROTEN GARDE, gebildet. Der Vertreter der Partei, der der Gründungssitzung beiwohnte, überreichte den Genossen die gesammelten Jahrgänge des ROTEN MORGEN 1967-1969.

**NÜRNBERG**

Am 6. 3. fand in Nürnberg eine Demonstration mit der Forderung nach Freispruch der in Nürnberg angeklagten türkischen und deutschen Genossen statt. Sie sollen verurteilt werden, weil sie am Streik der Dynamit-Nobelarbeiter teilgenommen bzw. ihn unterstützt haben. An der Demonstration nahmen rund 460 Menschen teil. Während der Demonstration wurden zwei türkische Kollegen von der Polizei festgenommen, die einen Spitzel am Fotographieren hindern wollten. Die Demonstranten besetzten daraufhin kurzfristig eine Straßenkreuzung. Die türkischen Kollegen wurden am Ende der Demonstration wieder freigelassen.

**MANNHEIM**

Mitte Februar wurde der KSB/ML, Sektion der ROTEN GARDE, an der Uni Mannheim gegründet. Das nächste Ziel der Genossen ist es, einen KSB/ML-Stammtisch einzurichten. Mit Beginn des Sommersemesters wird der KSB/ML regelmäßig mit einem Büchertisch in der Mensa auftreten.

**FRANKFURT**

Der KSB/ML Frankfurt führte am 11. 2. einen Stammtisch durch, auf dem die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML diskutiert wurde. Ca. 20 Freunde und Genossen waren anwesend, darunter Genossen des KSV. Es wurden 54,32 DM für den Parteiaufbau in der DDR gesammelt. Zum Stammtisch wurde verstärkt der ROTE MORGEN verkauft. Allein an einem Tag verkauften die Genossen 35 Exemplare der Nummer über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML
Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkont Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-- DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

## "Massenpolitik" der D"K"P

# Mit Speck fängt man Mäuse

**Wie viele Menschen mögen den Gesetzesentwurf der D„K“P zum Preisstopp kennen? Wie viele Menschen mögen sich ernsthaft mit seinem Inhalt auseinandergesetzt haben? Sicher sehr wenige. Dagegen wird man ohne Übertreibung sagen können, daß es Tausende sind, für die „Preisstopp“ zu einem gängigen Schlagwort geworden ist. Und zwar durch die Preisstopp-Aktionen der D„K“P: durch billige Eier zu Ostern, billiges Bier auf dem Volksfest usw. usf. Ähnlich ist es auf anderen Gebieten. Während einige zehntausend Menschen die „UZ“, die Zeitung der D„K“P lesen, sind es aber einige hunderttausend, die die sogenannten Volksfeste der D„K“P besuchen, das UZ-Pressefest in Düsseldorf, die verschiedenen Kinder- und Jugendfeste usw. usf.**

**Die D„K“P wertet diese Tatsache als Erfolg ihrer „Massenpolitik“. In Wirklichkeit ist sie aber das Resultat eines ausgeklügelten Werbefeldzuges mit dem Ziel, die D„K“P und ihre Politik „zu verkaufen“, wie man in der Werbung sagt. Diesen Werbefeldzug noch breiter, massiver und erfolgreicher zu gestalten, ist das Hauptziel des diesjährigen Parteitags der Deutschen Kommunistischen (sprich: Revisionistischen) Partei in Bonn. So und nicht anders ist auch die Hauptlosung dieses Parteitages zu verstehen: „Festigt und erweitert die Beziehungen zur Masse des arbeitenden Volkes und zur Jugend.“**

Die D„K“P gibt als Ziel ihrer Kampagne der „Massenpolitik“ vor allem zwei Dinge an: die Überwindung des sogenannten Antikommunismus und die Verankerung ihrer Politik.

Bleiben wir erst einmal bei der Politik. Was für eine Politik ist es, die die D„K“P mit ihren Preisstopp-Aktionen, mit ihren Parolen von Frieden und Demokratie verkaufen will? Arbeiterpolitik? Kommunistische Politik?

Es ist in diesem Zusammenhang mehr als aufschlußreich, worin der D„K“P-Funktionär Willi Gottschall die Ursachen für das schwache Abschneiden der D„K“P in Ludwigshafen bei den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz 1971 sieht. Er kritisierte: „So fand das erste Auftreten unserer Partei in Ludwigshafen unter dem Symbol der geballten Faust statt und in der Einladung hieß es: Unsere Partei wird zum Schreckgespenst für alle werden, die an der Ausbeutung des Volkes profitieren, man soll vor dieser Partei zittern.“ Mit diesen Losungen könne man nie eine Massenpartei werden, schimpfte Gottschall und fuhr fort: „Wenn wir aber nicht mit falschen Losungen und bestimmten Formen der Agitation und Sichtwerbung an den Menschen vorbeireden wollen, dann sollten wir endlich mit dem Unsinn aufhören.“ — Der Kommunismus, eine Partei, die ein Schrecken der Ausbeuter ist und sogar die geballte Faust eine „falsche Losung“ bzw. „Unsinn“ — das sind klare Worte. Tatsächlich ist die D„K“P ihrem Namen zum Trotz keine kommunistische Partei. Der Name ist nur ein Etikett, das die D„K“P nicht nur im Einverständnis, sondern auf ausdrücklichen Wunsch der Bourgeoisie erhielt, um so den Auftrag ihrer kapitalistischen Herren, die Massen vom revolutionären Kampf für die Beseitigung der Ausbeuterordnung abzulenken, besser erfüllen zu können. Diesem Auftrag dien: die Politik der D„K“P, dienen alle ihre Tageslosungen, dient die Propagierung des „friedlichen Weges zum Sozialismus.“

Warum aber wirbt die D„K“P nicht nur mit ihrer Politik, sondern gerade in letzter Zeit verstärkt mit anderen Mitteln, mit — wie ein Bremer D„K“P-Mitglied in einem Beitrag an die UZ schrieb — „im Wahlkampf erprobten, sympathiewerbenden Aktionsformen wie der 'Rote Container', mit Straßencafe, Rockmusik und Songs“?

Der Hauptgrund dafür ist das, was die D„K“P „Antikommunismus“ nennt. Mit diesem sogenannten „Antikommunismus“ aber ist vor allem der gerechte und wachsende Haß der Werktätigen auf die Regimes, die die D„K“P ihnen als sozialistisch preist, gemeint. Der Haß auf die russischen Sozialimperialisten, die 1968 die CSSR überfielen, die über 1 Million politische Gefangene in Gefängnissen, KZs und „Irrenanstalten“ eingesperrt halten, die Schießbefehl, Mauer und Stacheldraht in Deutschland anordneten, die — für immer mehr Menschen sichtbar — eine Politik der Expansion und Aggression betreiben. Es ist der Haß auf das faschistische Regime in der DDR, die herrschende Clique, die in Saus und Braus lebt und die Bevölkerung unterdrückt und ausbeutet wie die Kapitalisten hier. Es wird in verschiedenen Diskussionsbeiträgen in der UZ zum Parteitag deutlich, daß dieser berechtigte Haß der D„K“P erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Ohne ihn zu überwinden, kann die D„K“P ihr Ziel, größere Teile der Massen für sich und ihre Politik zu gewinnen, von vornherein abschreiben.

Deshalb also die „Sympathiewerbung“. Was bei Hitler „Kraft durch Freude“ war, ist bei der D„K“P das „Volksfest“, die Rockband usw.

Das Ziel, das dabei erreicht werden soll, wird in einer Zeitung der D„K“P klar. Da heißt es nämlich in der „Stahl Stimme“ nach dem UZ-Pressefest: „Ich kann mich nicht genug wundern, wir waren nun bei den Kommunisten und es hat mir gefallen. So ein Trubel und doch keine Kirmes im üblichen Sinn.“ Das Hauptziel bei der Einsetzung dieser Aktionsformen zur Überwindung des sogenannten Antikommunismus ist also, den Werktätigen den Eindruck zu vermitteln, die D„K“P ist keine Partei, die mit Mördern usw. unter einer Decke steckt, keine Partei der Volksfeinde, sondern eine Partei, die den Werktätigen und ihren Kindern Vergnügen, Unterhaltung, Freude verschafft. Um den Haß gegen Sozialfaschismus und Sozialimperialismus abzubauen, werden bei diesen Festen gezielt Schlagersänger, Folkloregruppen usw. aus den revisionistischen Ländern eingesetzt. Ganz nach dem Motto des dummen Spruchs: Wo man singt, da laß dich ruhig nieder; böse Menschen kennen keine Lieder.

Aber diese Aktionsformen sind nur ein Mittel zur Überwindung des sogenannten Antikommunismus, der Abneigung gegen die D„K“P, weil sie hier in Westdeutschland für die sozialfaschistischen Regimes in Osteuropa steht. Die D„K“P braucht diese „Sympathiewerbung“ gleichzeitig — mal abgesehen von dem Stimmenfang, der dabei eine beträchtliche Rolle spielt — um ihren Einfluß auf die Werktätigen auszudehnen; weit über den Kreis von Menschen hinaus, die sie mit ihrer reformistischen Politik überzeugen kann. Selbst in der UZ wird manchmal offen zugegeben, daß die D„K“P, da wo sie die Massen mit ihrer Politik nicht gewinnen kann, eben zu anderen Mitteln, nämlich zum Unterhaltungsrummel greift, um die Massen an sich heranzuziehen.

So stand vor einiger Zeit in der UZ ein Artikel über einen Silvesterball der Betriebsgruppe der D„K“P bei Hoesch. Dort heißt es: „Dann aber begannen wir zu diskutieren, ob es denn unbedingt erforderlich ist, daß die Arbeit unserer Betriebsgruppe sich immer nur mit ernsten politischen Fragen beschäftigen muß oder nicht mal mit Geselligkeit und Vergnügen.“ Hier zeigt sich ziemlich deutlich, was der Zweck der Sache ist: man versucht die Menschen zu entpolitisieren, um sie gleichzeitig hintenherum über ihr natürliches Unterhaltungs- und Geselligkeitsbedürfnis zu ködern. In einer anderen Betriebszeitung wird offen zugegeben, daß die Menschen nicht aus Sympathie zur Politik der D„K“P, sondern aus Sympathie für bestimmte Formen der Unterhaltung an diesen Aktionsformen teilnehmen. So heißt es in der Stadtteilzeitung „Unsere Meinung“: „Die DKP hatte eingeladen und viele waren gekommen, ob..., oder um nur ganz einfach zu feiern — letzteres ist wahrscheinlicher. Es wurde viel gelacht und getanzt.“

Nun könnte man natürlich sagen, was soll daran schlecht sein, wenn man auf einem Fest der D„K“P tanzt und lacht, wenn die Kinder für einen Nachmittag für ein Fest von der Straße geholt werden usw. usf.? Natürlich ist gegen Tanzen, Lachen und Kinderfeste an sich nichts zu sagen. Aber die Tatsache, daß jemand solche Veranstaltungen organisiert, ist kein Kriterium dafür, daß er es tatsächlich gut mit den Kindern, den Werktätigen meint. Ganz im Gegenteil sind solche Veranstaltungen eine beliebte Masche aller möglichen Feinde der Werktätigen, ihre wahren Absichten zu verbergen. Nicht umsonst war gerade der Hitlerfaschismus groß in der Erfindung solcher Veranstaltungen; nicht umsonst greifen Polizei, Bundeswehr oder auch die amerikanische Besatzerarmee zu dieser Masche. Und nicht umsonst betont auch die D„K“P, daß sie ohne diese „sympathiewerbenden Aktionsformen“ bei ihrer Verbindung mit den Massen nicht auskommt, daß sie verstärkt werden sollen. Mit ihren Rockbands und Kinderfesten will sie den wahren Terrorcharakter der Regimes vertuschen, die sie den Werktätigen als sozialistisch verkaufen will, mit Volksfesten und billig-Preis-Aktionen pflügt sie sozusagen den Boden, auf dem sie die Saat ihrer Politik aufgehen lassen möchte. Denn auf diesem Weg hofft sie, daß die Werktätigen den wahren antikommunistischen und arbeiterfeindlichen Charakter ihrer Politik schwerer durchschauen können, hofft sie, ihren Auftrag, die Befreiung der Arbeiterklasse durch die sozialistische Revolution zu verhindern, leichter erfüllen zu können.

Aber letztendlich kann man so die Massen nicht betrügen. Denn ob eine Partei ehrliche Arbeiterpolitik macht, entscheidet sich schließlich nicht auf Festen, sondern im täglichen Klassenkampf. Und diesen Prüfstein, den täglichen Kampf gegen Ausbeutung, politische Unterdrückung und Kriegsgefahr, kann die D„K“P mit noch so vielen „sympathiewerbenden Aktionen“ nicht aus der Welt schaffen. Hier wird auf die Dauer, durch die Erfahrung der Menschen und durch die Propaganda der Partei, für immer mehr Werktätige klar werden, daß die D„K“P eine Agentur der Bourgeoisie ist, eine konterrevolutionäre Partei, deren Name und deren scheinbare Volksfreundlichkeit nichts als Betrug ist.

# Als Frau und Mutter in der DDR

**Korrespondenz. Die D„K“P rühmt immer wieder die angebliche Gleichberechtigung der Frau sowie das Gesundheitssystem in der DDR. Wie sieht es damit wirklich aus? Eine Genossin aus Bremen, die öfter in die DDR fährt, berichtete dazu folgenden Fall:**

Schon beim ersten Kind hatte die Frau Schwierigkeiten bei der Geburt. Sie holte sich einen Beckenriß. Anschließend hatte sie große Schmerzen. Die Ärzte behaupteten, sie simuliere nur und verlangten, sie solle gehen. Als sie ihnen dann das „Laufen“ vorführte, ihre Füße mit den Spitzen nach innen standen und sie nicht vom Fleck kam, konnten sie sie nicht schnell genug ins Bett bekommen. Das Ganze dauerte 6 Wochen.

Als sie den Jungen hatte, war es mit ihrer Ausbildung vorbei. Sie hatte die theoretische Prüfung als Chemielaborantin gut bestanden. Die praktische Prüfung konnte sie aber nie machen, weil sie erst keinen Krippenplatz für den Jungen bekam. Später bekam sie zwar einen, aber nur, weil sie halbtags als Hilfskraft in der Krippe arbeitete. Dann kam das Mädchen.

Schon bei den Voruntersuchungen hörte sie, wie die Hebamme zum Arzt sagte, sie höre die Herztöne des Kindes so schlecht. Der winkte jedesmal ab. Als sie 8 Tage über den Termin war, wurde ganz lässig die Geburt eingeleitet: „Na, dann wollen wir mal.“ Doch es passierte nichts. Nun wurden alle nervös. Hektik verbreitete sich, alles wurde für den Kaiserschnitt vorbereitet. Die Narkoseärztin fragte noch: „Sehen Sie mich mal an.“ Sie tat's, die Ärztin entsetzt: „Die ist noch ganz da.“ Doch da war es schon passiert. Der Bauch war auf. Nun ging alles kopfüber.

Nach ein paar Tagen kam eine Schwester, die mit der Frau bekannt war und sagte: „Du, was ich Dir jetzt sage, mußt Du nicht weitersagen. Mit der Kleinen stimmt was nicht. Sie hat Fruchtwasser und Blut geschluckt und mit der Schwangerschaft war ja auch was...“ Sie hatte das Kind noch gar nicht zu Gesicht bekommen und dann so was!

Nach ihrer Entlassung — das Kind blieb ca. 3 Monate im Krankenhaus — bekam sie einen Blutsturz. Sie stieg mit einem Riesenpaket Watte in den Bus und fuhr 10 km zum Arzt! Da angekommen, wurde ihr gesagt: „Wir haben jetzt keine Sprechstunde.“ Sie lehnte völlig entkräftet an der Wand, bis sie endlich doch behandelt wurde. Da die Station voll war, kam sie auf die Station, auf der die Frauen lagen, die eine Abtreibung hinter sich hatten.

Kaum lag sie da, kam eine Schwester und fragte: „Wann sind Sie dran?“ Erst, als sie sagte, sie hätte vor einiger Zeit entbunden, wurde man freundlicher. Dabei ist Abtreibung in der DDR legal! Trotzdem werden die Frauen behandelt wie der letzte Dreck. Viele wurden so fertig gemacht, daß sie oft weinten.

Nun ist die Kleine in der Entwicklung sehr zurück. Sie wird bald zwei und verhält sich wie eine dreiviertel-jährige. Aus diesem Grund bekommt sie keinen Krippenplatz für sie. Sie „paßt“ in keine Gruppe. Im Krankenhaus wurde ihr dann der Vorschlag gemacht, die Kleine in eine Wochenkrippe zu bringen (am Wochenende sind die Kinder zu Hause). Sie ging gerne auf den Vorschlag ein, konnte sie doch dann wieder arbeiten. Sie fuhr also zur angegebenen Adresse. Da kam eine Schwester, nahm das Kind aus dem Wagen und verfrachtete es in ein Bett. Die Frau war sehr erstaunt. „Wieso“, hieß es, „wissen Sie nicht, daß das ein Krankenhaus ist?“ Die Frau war empört, nahm ihr Kind und fuhr wieder weg.

Das Fazit ist nun, daß sie nicht arbeiten kann und zweimal in der Woche 10 km mit der Kleinen zum Krankenhaus fahren muß. Da bekommt sie Bewegungsbäder zur Stärkung der Muskeln. Diese lange Fahrt muß sie immer antreten, wenn eines der Kinder krank ist. Denn dort sind sie geboren, dort sind sie in der Kartei aufgeführt, woanders kommen sie deshalb nicht an.

Diese Korrespondenz zeigt, daß von den „sozialistischen Errungenschaften“ im Gesundheitswesen der DDR nichts mehr übriggeblieben ist. Die kranken Werktätigen in der DDR werden abgefertigt wie in der Bundesrepublik auch. Ein Gesundheitswesen, das in Wirklichkeit — und nicht nur dem Namen nach — sozialistisch ist, wird es in der DDR erst als Resultat der sozialistischen Revolution wieder geben.

## SPENDEN

### STICHWORT „SOLIDARITÄT“

**Im Februar gingen folgende Spenden mit dem Stichwort „Solidarität“ ein:**

Schaltwerkzelle Westberlin, 1. 2. 200,00
KSB/ML-Stammtisch, Frankfurt (für RM-Prozesse), 5. 2. 15,20
Rote Garde Reutlingen, 6. 2. 32,41
Rote Garde Wedding (für RM-Prozesse), 17. 2. 190,00
Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 18. 2. 33,91
Unbekannt, 19. 2. 20,00
Leserunde Wedding (für Türkenprozeß Köln), 22. 2. 35,00

**Insgesamt wurden in diesem Zeitraum DM 526,52 für diesen Zweck gespendet.**

### STICHWORT „KPD/ML“

**Im Februar gingen auf das Vorstandskonto der KPD/ML für die Partei folgende Spenden ein:**

Schaltwerkzelle Westberlin, 1. 2. 125,00
Roter Morgen Leserkreis, Kiel-Friedrichsort (gegen den § 88 a), 4. 2. 31,55
Roter Morgen Leserkreis Schleswig, 10. 2. 30,00
H. M., Dortmund, 11. 2. 30,00
Rote Garde Wedding (für Aufbau der Roten Garde), 17. 2. 103,47
G. S., Altenburg, 24. 2. 30,00

**Insgesamt wurden in diesem Zeitraum DM 350,02 für die Partei gespendet.**

### STICHWORT „SEKTION DDR DER KPD/ML“

**Im Februar gingen folgende Spenden mit dem Stichwort „Aufbau der KPD/ML in der DDR“ auf das Vorstandskonto der KPD/ML ein:**

Doppelkopfrunde Köln, 13. 2. 35,00
P. M., Aachen, 17. 2. 180,00
K. u. E. L., Kiel, 18. 2. 44,09
Rote Garde Troisdorf, 19. 2. 30,00
B. M., Kiel, 19. 2. 300,00
Spenden aus RM-Verkauf u. Skatrunde, Bielefeld, 22.2 20,00
Versteigerung Geburtstagsfeier Bochum, 22. 2. 181,51
KSB/ML-Zelle TH, Darmstadt, 22. 2. 40,00
RHD oder AHD (unleserlich), Bochum, 24. 2. 20,00

**Insgesamt wurden in diesem Zeitraum DM 850,00 für diesen Zweck gespendet.**

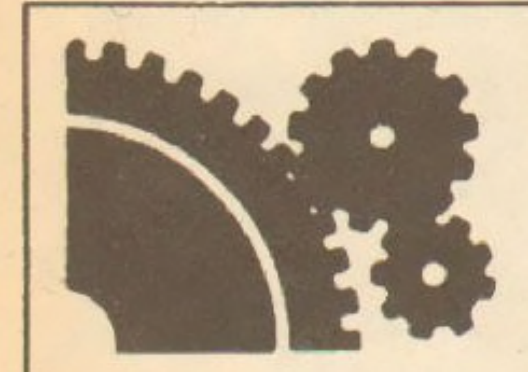
### SONSTIGES

**An weiteren Spenden gingen im Februar auf das Vorstandskonto ein:**

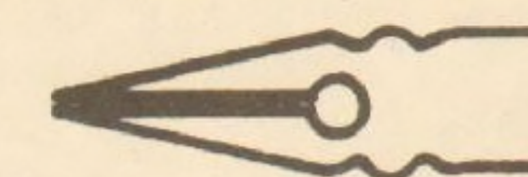
Fußballmannschaften Rote Garde Lübeck und Roter Stern Kiel — für Kambodscha, 1. 2. 65,00
Roter Morgen Leserkreis Kiel-Friedrichsort — für Roter Morgen 4. 2. 30,00

**Insgesamt wurden in diesem Zeitraum für sonstige Zwecke DM 125,00 gespendet.**

# AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



## Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

## Eine neue Stempeluhr tauchte nie auf

Ein Nachbar, der Maurer ist, arbeitete kürzlich auf einem Bau in der Nähe von Bremen. Diese Baustelle war ungewöhnlich weitläufig und unübersichtlich, so daß die Antreiber dort schlecht kontrollieren konnten, wer zu spät kam oder zu früh ging.

Da kamen die Baukapitalisten auf die Idee, eine Stempeluhr aufzuhängen.

Als die Kollegen morgens kamen, wunderten sie sich erst mal und fingen dann furchtbar an zu schimpfen. Eine Stempeluhr auf der Baustelle, das war noch nie dagewesen. Nur ganz wenige Ängstliche machten von dem neuen Gerät Gebrauch.

Nach der Frühstückspause konnte man dann eine große Traube von Kollegen um die Stempeluhr stehen sehen, die laut lachten und johlten. Jemand hatte einen Eimer heißen Teer über die Stempeluhr gegossen. Sie war damit unbrauchbar und eine neue ist nie aufgetaucht.

Rot Front! Eine Genossin aus Kiel

## Reformhaus-Betrug — eine unheimliche Geldschneiderei

In einem Gespräch mit einer Bekannten habe ich folgendes erfahren:

„Ich arbeite bei der Firma ‚Vereinigung Deutscher Reformhäuser' in Hamburg-Eidelstedt, Jakobsen Weg 6. Dort passiert Tag für Tag eine ungeheuerliche Sauerei. Für die ganzen Reformhäuser, die wir beliefern, müssen wir Konservendosen und Trockenfrüchte neu etikettieren.

Die Firma kauft palettenweise billige Dosen von Mandarinen, Erdbeeren, Stangenspargel usw. ein, zum Teil direkt von Aldi oder vom Pro-Netto-Haus. Wir müssen die alten Etiketten ablösen und die Dosen neu bekleben. Dadurch werden aus Aldi-Erdbeeren zu 0,98 DM Reformhaus-Erdbeeren, die dann 4,25 DM kosten. Aus Importwaren werden Deutsche-Neuform-Produkte usw.

Das ist eine unheimliche Geldschneiderei.

Natürlich wird mancher sagen, ja gut, wer im Reformhaus bei diesen überhöhten Preisen kauft, hat es nicht besser verdient, als daß er angeschissen wird. **Direkt kriminell wird es aber da, wo kranke Menschen Reformhauskost essen müssen.** „Gesüßte" oder „stark gesüßte" Mandarinen werden mit dem Etikett einfach in „schwach gesüßte" verwandelt. Aus geschwefelten, getrockneten Aprikosen werden „schwach geschwefelte"... Hier spielt die Firma bewußt mit Gesundheit und Leben Tausender kranker Menschen, wie z. B. Diabetikern.

Hier zeigt sich wieder, was schon Karl Marx im „Kommunistischen Manifest", das wir gerade schulen, gesagt hat:

**„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw."**

Rot Front! Eine Genossin aus Hamburg

## Gegen Machenschaften des IGM-Apparates revolutionärer Vertrauensmann gewählt

Liebe Genossen, ich arbeite in einem Betrieb, wo Regelgeräte für die Heizungstechnik hergestellt werden. Wir sind rund 22 in der IGM organisierte Kollegen, die in der mechanischen und elektrischen Fertigung arbeiten. Die Vertrauensleutewahlen sollten in der Verwaltungsstelle Bielefeld vom 23.-27. 2. 76 stattfinden. Dieser Termin wurde allerdings vom Betriebsrat im Betrieb nicht bekanntgegeben, geschweige denn der genaue Tag der Wahl.

Wir unterhielten uns in der Abteilung dann auch über die Frage, wer wohl bereit sei, sich zur Wahl aufstellen zu lassen. Dabei kam heraus, daß niemand so recht bereit war, da ein wirklich guter V-Mann einen schweren Stand gegenüber Geschäftsleitung und Betriebsrat haben würde. Mit dem Betriebsrat ist das nämlich so eine Sache für sich. In ihm sind 3 Kollegen. 2 von ihnen sind linientreue DGB-Leute, die sich von niemand in die Karten schauen lassen, wenn sie mit dem Chef etwas ausmauscheln. Der erste von ihnen macht manchmal sogar den Stellvertreter des Meisters und wird damit direkt zum Wachhund über die Kollegen, wenn er z. B. morgens kontrolliert, ob alle pünktlich sind. Außerdem setzt er sich oft für die Interessen der Firma ein, wie bei der Umstellung auf bargeldlose Lohnzahlung, wo er dagegen war, daß die Kollegen eine zinslose Überbrückungszahlung bekommen sollten.

Als diese beiden Betriebsräte dann erfuhren, daß ich zum Vertrauensmann kandidieren würde, gerieten sie in helle Panik. Denn seit den 9 Monaten, die ich hier arbeite, kennen mich die Kollegen als Kommunisten. Darüber hinaus komme ich auch mit den meisten persönlich sehr gut aus. Da sich bis jetzt niemand außer mir zur Wahl bereiterklärt hatte, war ich praktisch der einzige Vorschlag. Die Kollegen hatten mich vorher schon gewarnt, daß die beiden Betriebsräte alles tun würden, um meine Wahl zu verhindern. Und richtig: Sie begannen eine üble Hetze gegen mich.

Doch alles umsonst. Viele Kollegen hatten schon erklärt, daß sie mich wählen würden. Bis Freitagmittag stand noch kein Wahltermin fest. Dann wurde plötzlich gesagt, um eins ist die Wahl. Das kam für alle so überraschend, daß ein Kollege sich sogar weigerte, mitzuwählen, da nicht mal die Wahlvorschläge rechtzeitig bekanntgegeben worden waren. Als wir dann um eins die Stimmzettel in die Hand bekamen, trauten wir unseren Augen nicht. Obenan stand der erste Betriebsrat. Er hatte sich selber auf die Liste gesetzt, obwohl er als BR-Mitglied so oder so schon Vertrauensmann ist. Außer mir standen dann noch zwei Kollegen drauf, von denen einer noch einen Tag vorher klar gesagt hatte, daß er nicht kandidieren würde. Bei der Stimmabgabe wollten die beiden Betriebsräte dann sogar eine Stimme nicht zulassen, da der Kollege einen Tag im Urlaub war, und mir seine Wahlentscheidung auf einen Zettel geschrieben hatte, auf dem er persönlich unterschrieben hatte. Durch den Protest der Kollegen mußten sie dann aber zulassen, daß dieser Kollege seine Stimme am Montag abgeben konnte.

Das Ergebnis der Wahl war dann für die beiden IGM-Betriebsräte ein Schlag ins Gesicht. Die Mehrheit der Kollegen hatte mich zu ihrem Vertrauensmann gewählt. Man konnte ihre Stimmung in den nächsten Tagen direkt von ihrem Gesicht ablesen. Es „hing bis auf die Erde", wie man treffend feststellte. Aber auch die Stimmen, die der Betriebsrat erhielt, machen klar, daß sein Einfluß unter den Kollegen und damit natürlich der Einfluß des DGB-Apparates noch nicht restlos beseitigt ist. Jetzt gilt es, an die Arbeit zu gehen. Ein Kollege will seinen IGM-Beitrag herabsetzen. Das ist ein guter Anfang.

Rot Front! Ein Genosse aus Bielefeld

### Gegen verschärfte Ausbeutung

# Streik bei Howmedica in Kiel

**Korrespondenz. Der Belegschaft in den produktiven Abteilungen bei Howmedica in Kiel sollte der Lohn um die außertarifliche Leistungszulage der Firma gekürzt werden. Das hätte einen Lohnraub von durchschnittlich 1,15 DM pro Stunde bedeutet. Die Arbeiter wehrten sich spontan und geschlossen dagegen und streikten. Daraufhin brauchte die Geschäftsleitung nur 70 Minuten, um ihre Maßnahme zu widerrufen.**

Bei Howmedica wurde vor ca. einem Jahr für die im Zeitlohn arbeitenden Werker ein „Prämienlohnsystem" eingeführt. Es gab auch schon länger Vorgabezeiten, auf denen die Firma aber aus rechtlichen Gründen nicht bestehen konnte. Trotzdem wurden aber einzelne Kollegen damit immer wieder unter Druck gesetzt. Die Kollegen „wühlten" schließlich fast wie im Akkord — die Prämie aber wurde immer kleiner, bis sie im Dezember überhaupt ausblieb.

Gleichzeitig ließ die Firma Stempeluhren aufstellen und führte neue Arbeitskarten zur Kontrolle und „Leistungserfassung" der Arbeiter ein.

Dies geschah, ohne daß der Betriebsrat informiert, geschweige denn angehört wurde, obwohl das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz hierin dem Betriebsrat ein „Mitbestimmungsrecht" einräumt. Natürlich nur mit dem Ziel, damit dieses, von der Belegschaft gewählte Gremuim, seinen Segen erteilt. Mit dem Hinweis darauf will man den Arbeitern jede Initiative zum Widerstand aus der Hand nehmen, indem man sagt, daß die Zustimmung des Betriebsrats, also des gewählten Vertreters, nach den in unserem System geltenden „demokratischen" Spielregeln, die Einverständniserklärung der „schweigenden" Mehrheit darstellt. Somit wird jeder ins „Unrecht" versetzt, der dagegen aufmuckt.

In diesem Fall war die Angelegenheit jedoch komplizierter. Denn seit der letzten Betriebsratswahl sitzt ein Roter Betriebsrat mit in diesem Gremium. Schließlich hatte man schon genug „schlechte" Erfahrungen sammeln können.

Der Betriebsrat erhob nun Einspruch gegen diese Maßnahmen, weil seine Kompetenzen nicht berücksichtigt worden seien. Wohlgemerkt nicht, weil er etwas gegen die Verschärfung der Ausbeutung hatte, die damit verbunden war.

Die Geschäftsleitung wies den Einspruch zurück mit der Begründung, daß die so festgehaltenen Zeiten und Werte nur zur Ermittlung der Selbstkostenpreise der Firmenproduktion sowie der Finanz- und Lagerbuchhaltung dienten. Als das Rote-Betriebsrats-Mitglied auf der schriftlichen Fixierung dieser Behauptung der Geschäftsleitung bestand, zeigte sich schnell die Betrugsabsicht dieser Herren. Denn dazu waren sie nicht bereit. Also hielt der Betriebsrat den Einspruch aufrecht und drohte gleichzeitig mit einem Arbeitsgerichtsverfahren.

Die Geschäftsleitung hatte inzwischen mit Schrecken festgestellt, daß sie sich aufs Glatteis begeben hatte und sich außerhalb des eigenen gesetzlichen Schutzes (BVG) befand. Deshalb reagierte sie mit einem plumpen Erpressungs- und Einschüchterungsmanöver. Unter vollkommener Verdrehung der Tatsachen, teilte sie der Belegschaft mit, daß der Betriebsrat die Firma zur Abschaffung des seit fast einem Jahr praktizierten „leistungsorientierten Lohnsystems" zwinge. Daraus resultiere, daß die Firma ab 1. 3. 76 sämtliche übertarifliche, „freiwillige Leistungszulagen" ersatzlos streichen müsse. Somit könne vom neuen Abrechnungszeitraum an nur noch der reine Tariflohn gezahlt werden.

**Das war aber ein Stich in den Ameisenhaufen. Schnell hatten die Kollegen die drohenden finanziellen Einbußen errechnet und empörten sich über den geplanten Raubzug der Firma an ihrer Lohntüte. Daß die Kollegen nicht auf die Demagogie der Geschäftsleitung hereinfielen, beruhte zu einem Großteil auf der Informationspolitik des Roten Betriebsratsmitglieds. Dieser hatte die Kollegen immer auf dem neuesten Stand der Ereignisse gehalten, entgegen den eindringlichen Mahnungen über die „Geheimhaltungspflicht" von seiten der anderen Betriebsrats-„Kollegen". Genauso sorgte er nun dafür, daß sich die Arbeiter auf ihre einzig wirksame Kampfform in dieser Situation besannen und sich nicht auf das Geschwätz der „Vertrauens"-Leute der IGM einließen, erst einmal abzuwarten, was die Gewerkschaft dazu sagt.**

Die Kollegen bauten allein auf die eigene Kraft und Solidarität und erkämpften einen Sieg: 1. Der bisherige Lohn wird weitergezahlt bis 31. 3.. 2. Die Ausfallzeit durch die Arbeitsniederlegung wird bezahlt. 3. Alle Daten, die zur Leistungserfassung des einzelnen Werkers benutzt werden können, werden von den Arbeitskarten getilgt.

Die Angelegenheit hat aber auch einen Pferdefuß. Denn bis zum 31. 3. muß der Betriebsrat in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung mit dieser ein neues System der „Leistungsfindung" ausarbeiten. Kommt ein Ergebnis nicht zustande, kann die Firma auf ihre anfangs angedrohte Maßnahme zurückgreifen — und dann in Übereinstimmung mit dem Gesetz.

In jedem Fall also, ob der Betriebsrat einem neuen Leistungserfassungs-System zustimmt oder nicht, bekommt die Firma ihr System der Stechuhren und Arbeitskarten nachträglich legalisiert.

Hierin zeigt sich deutlich die Absicht des Gesetzgebers und was mit der Mitbestimmung in Wirklichkeit erreicht werden soll.

Auch der Charakter der Institution Betriebsrat kommt hier deutlich zum Vorschein, als Erfüllungsgehilfe der Kapitalisten. Es ist also falsch, in dieses Gremium irgendwelche Hoffnungen zu setzen zur Durchsetzung von Arbeiterinteressen. Der Betriebsrat kann nur mitbestimmen über das „Wie" der Ausbeutung, nicht aber über deren Beibehaltung oder Abschaffung. Wollen wir die Ausbeutung abschaffen, müssen wir zuerst das ganze kapitalistische System abschaffen.

## 5,4% sind Lohnraub

Fortsetzung von Seite 1

Der unversöhnliche Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie zeigt sich auch im Kampf für höhere Löhne. Jeder Appell an die „wirtschaftliche Vernunft", jede Propaganda für die Berücksichtigung der „Interessen der gesamten Wirtschaft", sind in Wirklichkeit Aufrufe an die Arbeiter, Opfer zu bringen und stillzuhalten. Um so schlimmer, wenn solche Aufrufe nicht nur von den Kapitalisten selbst, sondern auch von der angeblichen Kampforganisation der Arbeiter, der Gewerkschaft, d.h., vom Gewerkschaftsapparat, verbreitet werden. **Denn der Feind in den eigenen Reihen, der sich als Freund tarnt, ist gerade deswegen um so gefährlicher.**

In der Metalltarifrunde in diesem Jahr hat der Gewerkschaftsapparat zunächst die Forderung von 8-8,5% Lohnerhöhung gestellt. Höhere Forderungen aus den Betrieben wurden mit der Begründung, sie berücksichtigten nicht die „Gesamtlage der Wirtschaft" abgewürgt. In Wirklichkeit bedeutete aber diese Forderung von vornherein Lohnraub, denn eine Lohnerhöhung, die auch nur in etwa den Lebensstandard gesichert hätte, hätte über 15-16% liegen müssen. Der Lohnraub war also von Seiten des Gewerkschaftsapparates von vornherein geplant. Und natürlich hatte weder der Gewerkschaftsapparat noch die Metallkapitalisten jemals daran gedacht, auch nur annähernd 8,5% durchzusetzen. Die ungefähre Höhe der Tarifabschlüsse war schon längst in der konzertierten Aktion und bei Verhandlungen der Kapitalisten und des Gewerkschaftsapparates auf zentraler Ebene festgelegt worden. So ging z.B. der Bund der Steuerzahler in einer Analyse schon vor längerer Zeit von einer Lohnerhöhung von 5,5% aus. Tatsache ist, daß der Gewerkschaftsapparat nicht „umgefallen" ist, oder „inkonsequent" gekämpft hat, wie die modernen Revisionisten der D„K"P jetzt klagen und damit in Wirklichkeit Illusionen über seinen arbeiterfeindlichen Charakter schüren, sondern daß der Lohnraub von vornherein geplant und dann mit dem ganzen Einfluß des Gewerkschaftsapparates unter den Arbeitern durchgesetzt worden ist.

Zu den Manövern, die der Gewerkschaftsapparat zu diesem Zweck durchgeführt hat, um die Arbeiter zu betrügen, gehörten auch die radikalen Phrasen, die seine Vertreter vor und während der Tarifrunde so oft wie möglich von sich gegeben haben. Die Beteuerungen der führenden Vertreter der IG Metall z.B. kann jeder selbst mit der Wirklichkeit vergleichen. Der stellvertretende Vorsitzende der IG Metall Mayr beteuerte z.B. hoch und heilig: ***„Es mag sein, daß den Arbeitgebern die Stunde günstig scheint für einen Handstreich auf unsere Kosten. Es wird niemals so sein — heute nicht und erst recht nicht morgen — daß die IG Metall sich dabei zum Hilfswilligen machen läßt."***

Und ebenso schamlos wie diese Beteuerungen, waren auch die Manipulationen der Empörung der Kollegen, durch die in vielen Fallen vom Gewerkschaftsapparat organisierten sogenannten „spontanen" Streiks. Bei Opel in Rüsselsheim z.B. waren die Streiks vom Vorsitzenden des Vertrauensleutekörpers organisiert worden, der ein paar Vertrauensleuten befahl, dafür zu sorgen, daß die Kollegen in einigen Abteilungen ihre Pause verlängern sollten. **Es ist klar, daß man so etwas nicht als Streik bezeichnen kann, sondern lediglich als Manö-ver, um einen wirklichen Streik zu verhindern.** Wie sich der IG Metallapparat wirklichen spontanen Streiks der Arbeiter gegenüber verhält, hat er oft genug in der Praxis gezeigt: er hat sie mit allen Mitteln von innen durch Abwiegelei und Sabotage und von außen durch Drohungen und öffentliche Distanzierungen bekämpft.

Als die Hoescharbeiter im Februar 1973 in den Streik traten, sabotierte die Vertrauenskörperleitung von innen den Streik, während das IGM-Vorstandsmitglied Judith den Streik öffentlich als illegal bezeichnete und von den Streikenden eine öffentliche Erklärung verlangte, daß sie in Zukunft den „Tariffrieden" nicht mehr brechen würden. Mit Hilfe der Polizei und eigenen Schlägertrupps ging der IGM-Apparat bei Ford gegen den großen Streik im Spätsommer 1973 vor.

Mehr noch. Das konsequente Eintreten für den unversöhnlichen Klassenkampf ist bereits in vielen Fällen zum Ausschlußgrund aus der Gewerkschaft geworden.

Das Vertrauen auf den Gewerkschaftsapparat, auf seine Demagogie und seine Manöver, schwächt und lähmt den Kampf der Arbeiterklasse von vornherein, denn dieser Apparat ist ein Instrument der Kapitalistenklasse und durch und durch arbeiterfeindlich.

**Um so notwendiger ist es, alles zu tun, um den Zusammenschluß der Arbeiter im revolutionären Klassenkampf voranzutreiben, die Illusionen über den Gewerkschaftsapparat auszuräumen und die Arbeiter für den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu gewinnen.**

## Ein Beispiel für Kämpfe zum Erhalt alter Arbeitersiedlungen

# Kolonie Felicitas

**Die Kolonie Felicitas in Dortmund-Hörde wurde vor 3 Jahren von Hoesch aufgekauft, um die Häuser abzureißen und das Werksgelände zu erweitern. Die Siedlung ist sehr alt, sie wurde in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts von einer Zechengesellschaft erbaut. Manche Mieter wohnen hier schon über 50 Jahre. Sie haben zum Teil auf eigene Kosten Treppenhäuser renoviert, Bäder eingebaut usw. und zahlen hier weitaus niedrigere Mieten als in anderen Siedlungen.**

**Die Mieter schlossen sich zu einer Initiative für den Erhalt der Kolonie zusammen. Die Voraussetzungen für den Kampf waren insofern ungünstiger als bei vergleichbaren Initiativen, da schon eine Reihe von Anwohnern, eingeschüchtert durch Hoesch's Ankündigung, die Häuser abreißen zu lassen, ausgezogen war.**

*Aktionen voller Kampfgeist*

Als eines Tages Bagger anrückten, um ein Haus abzureißen, sperrten die Bewohner die Zufahrtsstraßen ab und hatten die Besetzung des Hauses so gut vorbereitet, daß Hoesch gezwungen war, das Haus stehen zu lassen. Transparente mit Parolen für die Erhaltung der Felicitas wurden an Häusern angebracht und mit Informationsständen in der Stadt wurde die Bevölkerung zur Solidarität mit der Felicitas aufgerufen.

*Der Kampf wird in den Betrieb getragen*

In der Felicitas wohnen viele Hoesch-Arbeiter. So wurde der Kampf auch im Betrieb spürbar. Auf einer Betriebsversammlung des Werkes Phönix forderte ein Anwohner die Kollegen zur Unterstützung auf und griff den Betriebsrat an, der dem Beschluß der Hoesch-AG, die Felicitas abzureißen, zugestimmt hatte. Als sich ein Betriebsrat, der selbst bei Hoesch im Wohnungsausschuß „mitbestimmt", auf eine Vollversammlung der Mieter wagte, wurde er wegen seiner Zusammenarbeit mit den Kapitalisten ausgepfiffen und ausgebuht.

*Die Partei unterstützt die Kämpfe der Mieter*

Genossen der Partei nahmen Kontakt mit Mitgliedern der Initiative auf. Sie nahmen regelmäßig an Versammlungen der Initiative teil, unterstützten Aktionen der Mieter, halfen ihnen, Flugblätter zu schreiben. Ständig berichtete die Betriebszeitung der Partei den Hoesch-Kollegen über den neuesten Stand. Fast alle Artikel, die die Partei über die Felicitas veröffentlichte, wurden vorher mit Mietern durchgesprochen.

Natürlich war man nicht immer einer Meinung. Aber trotz unterschiedlicher Ansichten schätzten die Mieter doch die solidarische Unterstützung der Partei, und es gelang der Partei auch, mit mehreren Mietern festere Kontakte zu knüpfen. Zwar sind auch diese Mieter noch nicht bereit, aktiv für die Partei einzutreten, aber sie lesen regelmäßig den ROTEN MORGEN und wollen mehr über die Politik der Partei erfahren. Bei Hausbesuchen in der vorletzten Woche zeigten z. B. 9 Mieter Interesse am ROTEN MORGEN und kauften ihn.

*Hoesch — Mit Zuckerbrot und Peitsche*

Durch den Kampf der Mieter sah Hoesch sich in die Enge gedrängt. In der Dortmunder Tagespresse ließ Hoesch deshalb die Parole verbreiten: „Felicitas gefährdet Arbeitsplätze." Hoesch behauptet, der Bau neuer Hochöfen sei durch die Siedlung gefährdet, da Hoesch die Umweltschutzbestimmungen nur dadurch einhalten könne, daß die Kolonie als naheliegenes Wohngebiet abgerissen würde. Die Bewohner widerlegten diese Lüge. In Flugblättern und Versammlungen wiesen sie nach, daß Hoesch 1. um die eigenen Profite nicht anzutasten, keinen Lärmschutzwall bauen will, daß 2. die Hoesch-Kapitalisten es sind, die durch neue Hochöfen Arbeitsplätze wegrationalisieren wollen, daß 3. weitere Wohngebiete neben der Felicitas abgerissen werden müßten, wenn Hoesch schon mit Lärmschutz argumentiert. Im übrigen genügt ein Blick auf die Dunstglocke über Hörde, um zu sehen, wie es Hoesch sonst mit dem Umweltschutz hält, wenn es nicht um den Abriß von Siedlungen geht.

Als Neujahrsgruß schickte Hoesch den Mietern der Felicitas dann einen Drohbrief, die Siedlung müsse bis Ende 1976 verschwinden und bot gleichzeitig „gleichwertige" Wohnungen an. Außerdem machte Hoesch das Angebot, für jeden Auszug 1500 DM Entschädigung zu zahlen. Obwohl die Bewohner fürchten, daß sie überall höhere Mieten zahlen müssen und 1500 DM natürlich keine wirkliche „Entschädigung" sein können, zogen doch relativ viele Mieter aus. Einige waren eingeschüchtert, andere meinten angesichts der wachsenden Zahl leerstehender Häuser, daß man auf verlorenem Posten stehe. Während Hoesch so einerseits diesen Nervenkrieg gegen die Bewohner führte, machte es gleichzeitig Zugeständnisse, um eine Verschärfung des Kampfes zu vermeiden: Müllcontainer wurden aufgestellt und Hoesch übernimmt einen Teil der Heizungskosten.

*Bürgerliche Parteien versuchen, die Bewohner zu täuschen*

Zu Beginn versuchten die bürgerlichen Parteien einerseits sich bei den Mietern anzubiedern wie z. B. SPD-Rommel („Meine Eltern haben auch mal in der Felicitas gewohnt"), andererseits gaben sie Hoesch Schützenhilfe. So warb Rommel für die Entschädigungsgelder, die Hoesch bei Auszug aus der Kolonie zahlt. Die Antwort der Bewohner war eisige Ablehnung. Inzwischen — durch die wachsende Zahl der Auszüge sicherer geworden — gehen SPD und FDP geschickter vor: In Worten sprechen sie sich „unter Vorbehalten" für die Erhaltung der Kolonie aus, warnen aber gleichzeitig vor „ungesetzlichen Schritten". Eine Reihe Mieter sieht diese freundlicheren Töne als Erfolg an und hofft auf „Macht und Einfluß" dieser Parteien. Andererseits gelang es der Partei aber auch, auf Versammlungen und in Gesprächen verschiedene Mieter davon zu überzeugen, daß diese Freundlichkeit nur Heuchelei ist, so daß sie auch den Versprechungen der SPD nicht mehr trauen.

*Raffinierte Demagogen*

Gute Verbindungen zu einzelnen Bewohnern haben die Jusos. Auf Versammlungen greifen sie demagogisch auch SPD-Funktionäre wie Rommel wegen ihres „undemokratischen Verhaltens" an und reden gegen das Profitstreben der Hoesch-AG. „Hier werden die demokratischen Grundsätze unseres Staates mit Füßen getreten", rufen sie, um zu verhindern, daß die Mieter erkennen: In diesem Staat gibt es keine Demokratie für die Werktätigen, und das Profitstreben von Hoesch ist nicht „ungesetzlich", sondern das „Grundgesetz" des kapitalistischen Staates.

Den Jusos gelang es nach kurzer Zeit, einen der aktivsten Mieter, den Sprecher der Initiative, für sich zu gewinnen. Um ihn bei der Stange zu halten, stellten sie ihm schon nach wenigen Wochen einen Vorstandsposten in ihrer Vorortsgruppe in Hörde in Aussicht. (Den er übrigens nicht bekommen hat). Gleichzeitig drohten sie ihm, weil er auf einer Versammlung der KPD/ML (gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz — RM) gesprochen habe. Es gelang ihnen allerdings nicht auf diesem Wege Stimmung gegen die Partei zu machen.

Wie die Jusos vorgehen, um den Kampfgeist der Initiative zu unterhöhlen, zeigte sich vor einiger Zeit. Hoesch hatte da dem Sprecher der Initiative gedroht, sein Arbeitsplatz sei in Gefahr, wenn er sich nicht für ein Flugblatt entschuldigen würde, in dem Hoesch der Lüge überführt wurde. Hier schrien die Jusos nun nicht „ungesetzlich" und „Kampf". Hier, wo die Hoesch-Kapitalisten bewußt einen einzelnen scharf angriffen, brachten sie ihn, statt für seine Unterstützung unter den anderen Mietern zu kämpfen, dazu, ein Entschuldigungsschreiben an Hoesch zu schicken. Damit haben sie den Hoesch-Kapitalisten wichtige Schützenhilfe gegeben.

Eine gefährliche Rolle spielen bei vielen Mieterinitiativen auch die sogenannten „wissenschaftlichen Berater". In der Felicitas genießt ein Dozent der Uni Dortmund großes Ansehen. Er versucht mit wissenschaftlichen Kenntnissen die Mieter einzuschüchtern und ihnen weiszumachen, wenn man Hoesch nur wissenschaftlich genug komme, dann habe man auch Erfolg. In Wirklichkeit hat Hoesch natürlich keinen Respekt vor wissenschaftlichen Berechnungen, sondern allein vor dem Kampf der Mieter. Dieses Vertrauen in die eigene Kraft aber wird durch solche Redereien über die „Allmacht der Wissenschaft" gerade erschüttert. Vor kurzem versuchte er eine neue Parole zu verbreiten: Die Felicitas solle nach dem Städtebauförderungsgesetz saniert werden, dann bleibe sie erhalten. Die Partei wies jedoch nach, daß Sanierung bisher immer den Abriß alter billiger Wohnungen und den Neubau von teuren Wohnungen bedeutet hat. Die Mieter lehnten es daraufhin ab, diese Forderung in ihr Flugblatt aufzunehmen.

Die Partei wird den Kampf der Mieter gegen Hoesch weiterhin unterstützen. Denn die Mieter sind nach wie vor nicht bereit, aufzustecken. Erst am letzten Samstag warben sie mit einem Informationsstand in Hörde erneut für die Unterstützung ihres Kampfes durch die Hörder Bevölkerung.




# Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

**Gegen die Spaltung deutscher und ausländischer Kollegen:**

## Für das Rederecht der ausländischen Kollegen in ihrer Muttersprache!




Wie schon einige Male vorher, stand auch auf der letzten Betriebsversammlung die berechtigte Forderung der ausländischen Kollegen auf der Tagesordnung, nämlich die Redebeiträge in ihrer Muttersprache zu übersetzen und selbst in ihrer Muttersprache Beiträge vorzutragen. Aber wie auch schon auf der vorletzten Betriebsversammlung, als der Kollege Culemann diese Forderung vorbrachte, wurde sie auch diesmal von der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat niedergeschmettert.

Vorweg gesagt, ist es schon mal eine Unverschämtheit, daß die Geschäftsleitung darüber bestimmt, was auf einer Betriebsversammlung gemacht wird oder nicht. Die Geschäftsleitung, die auf unseren Betriebsversammlungen nur „zu Gast" ist, was ihr aber auch nur von ihren Freunden, dem Betriebsrat eingeräumt wird, hat überhaupt kein „Recht", auf unsere Betriebsversammlungen Einfluß zu nehmen...

Wenn fast die Hälfte der Belegschaft ausländische Kollegen sind, so müssen sie auch das Recht haben, sich aktiv an den Betriebsversammlungen zu beteiligen.

Sie stehen wie du und ich am Arbeitsplatz und müssen die gleiche Arbeit machen. Und weil sie so in der Produktion „gleichberechtigt" neben den deutschen Kollegen stehen, steht ihnen auch das Recht zu, wenn sie die deutsche Sprache nicht richtig beherrschen, sich in ihrer Muttersprache zu äußern, was dann auf deutsch übersetzt wird. Umgekehrt müssen die Wortbeiträge der deutschen Kollegen in die Muttersprache der ausländischen Kollegen übersetzt werden. Wer sich gegen diese Forderung stellt, wie Stender, versucht einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Kollegen zu treiben.

Aber nicht nur die Geschäftsleitung, sondern ebenso der Betriebsrat betreibt diese Spaltung, indem er sich genauso gegen die Forderung der ausländischen Kollegen stellt. Auch das ist mal wieder ein gutes Beispiel der vertrauten Zusammenarbeit von Rheinstahl-Betriebsrat und Geschäftsleitung. Ihnen liegt nichts mehr daran, als zu versuchen, die Solidarität zwischen den deutschen und den ausländischen Kollegen von vornherein zu verhindern.

Auch die geplante Mieterhöhung für die Barackenwohnungen, die auf der Betriebsversammlung von der Geschäftsleitung vorgebracht wurde, gehört dazu. Hier zeigt sich, daß die ausländischen Kollegen, die gezwungen sind, dort zu wohnen, doppelt ausgebeutet werden...

Viele Kollegen meinen, diese Sache ginge sie nichts an, weil in den Baracken doch „nur" ausländische Kollegen wohnen. Kollegen, die z. B. schon 4 bis 6 Jahre bei Rheinstahl arbeiten, die an der Presse stehen, dem ungesündesten Arbeitsplatz und die größte Dreckarbeit machen. Dafür kriegen sie Lohngruppe 11 oder 12 (!), d. h., sie werden am stärksten ausgebeutet. Und gerade diesen Kollegen wollen die Rheinstahl-Kapitalisten mit der Mieterhöhung auch noch mehr vom Lohn klauen!

Die Rheinstahl-Kapitalisten und ihre Handlanger wissen aber genau, daß ihnen die einheitliche Kampffront der deutschen und ausländischen Kollegen gefährlich werden kann. Mit allen möglichen Mitteln und Tricks bis hin zu den Machtinstrumenten des Staates soll diese Kampffront verhindert und gebrochen werden. Diesen Versuche, uns untereinander zu spalten und gegeneinander auszuspielen, müssen alle Kollegen bei Rheinstahl einheitlich entgegentreten. Nur unser gemeinsamer, solidarischer Kampf kann die Angriffe der Rheinstahl-Kapitalisten und die Verschlechterung unserer Lebenslage verhindern!

**Deutsche und ausländische Arbeiter — eine Kampffront!**

**Weg mit der Mieterhöhung!**

**Gegen alle Spaltungsversuche der Rheinstahl-Kapitalisten und seiner Handlanger im Betriebsrat!**

## Diebeszug der Beiersdorf-Kapitalisten in Spanien




Wohl für jeden Zeitungsleser ist die Lockheed-Affäre mittlerweile ein Begriff für die Skrupellosigkeit und Verkommenheit der Geschäftspraktiken großer Monopole geworden: Korruption, Bestechung ganzer Regierungen, Lüge und Unterschlagung sind charakteristische Merkmale — und noch nicht einmal die schlimmsten — ihrer Absatzstrategien. Ist Lockheed nun eine Ausnahme? Schon werden Vorwürfe gegen andere Konzerne wie Boeing laut, sind die Bestechungspraktiken des Ölkonzerns Gulf in Südamerika belegt und Riesen wie ITT der politischen Erpressung und verbrecherischen Einflußnahme in die inneren Angelegenheiten anderer Länder überführt.

### Beiersdorf im Schmuggelsumpf

Jüngst nun kamen die dunklen Geschäfte eines deutschen Konzerns ans Licht: der angeblich so noblen Firma Beiersdorf. Um ihre Profite aus Werken in Spanien ungeschoren nach Deutschland transferieren zu können, suchten sie nach Möglichkeiten, das Verbot der faschistischen spanischen Regierung, hohe Peseta-Beträge frei auszuführen, zu unterlaufen; d. h. ein Gangster und Ausbeuter (Beiersdorf) versucht den anderen Gangster und Unterdrücker des spanischen Volkes (span. Regierungsbehörden) um den Anteil an der Profitbeute zu betrügen, die er aus den spanischen Werktätigen herausgepreßt hat.

Welche Gangstermethoden wandten nun die Beiersdorfkapitalisten an, um ihren Coup zu landen? Laut „Spiegel" 4/76 ließen sie in knapp zwei Jahren rund 450 Mio. Pesetas (= ca. 20 Mio. DM) illegal aus Spanien nach Deutschland schaffen. Es wird angenommen, daß ein von der Schweiz aus operierendes Schmuggelsyndikat professioneller Verbrecher von Beiersdorf für diese schmutzige Arbeit angeheuert wurde; Ermittlungen laufen darüber hinaus auch im Hinblick auf manipulierte Import- und Exportpreise, über die Teile der Beiersdorfgewinne aus Spanien herausgeflossen sein könnten.

### Ein Gangster versucht dem anderen das Handwerk zu legen

Die faschistische spanische Regierung, die schließlich die Gewehre und Polizisten stellt, mit denen die spanischen Arbeiter an den Beiersdorfmaschinen in Schach gehalten werden sollen, will natürlich diesen Beiersdorfbetrug nicht ohne weiteres hinnehmen. So schlugen zu und verhafteten kurzerhand den Chef der Beiersdorf Espaniola (inzwischen gegen 60 Mio. Pesetas wieder frei).

Das Vorstandsmitglied der Beiersdorf AG P. Kern flog eiligst nach Spanien, wohl um Lügen aufzutischen und den Fall zu vertuschen.

Einzelfälle? Nur die Monopolkapitalisten selber und ihre Regierungen wagen das noch zu behaupten. Man muß im Gegenteil davon ausgehen, daß immer nur die Spitze des Eisberges in diesem Sumpf sichtbar wird.

### Kein Verbrechen, das das Kapital nicht begeht

Karl Marx hat sehr anschaulich die Verbrechernatur des Kapitals dargestellt, als er schrieb: „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es gibt kein Verbrechen, das es nicht riskiert..." Bis zu 300 Prozent beispielsweise erreicht die Profitrate vieler Monopole, die — wie z. B. Beiersdorf in Südamerika — in Ländern der III. Welt Kapital investieren.

## Revisionistisches

### DER JARGON DER NEUEN BOURGEOISIE

In der revisionistischen Propaganda wird immer behauptet, Ungarn sei ein sozialistisches Land, und es gebe keine Klassen und Klassenunterschiede mehr. Die unten abgebildete Karikatur aus dem Zentralorgan der revisionistischen Partei in Ungarn, „Nepszabadsag" vom 6. 3. 76 zeigt dagegen sehr deutlich, daß es nicht nur Klassenunterschiede in Ungarn gibt, sondern daß eine neue Bourgeoisie in Ungarn über die Arbeiterklasse herrscht, was auch deutlich im Jargon der neuen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse, der vor allem in der Jugend verbreitet wird, zum Ausdruck kommt.

Die Karikatur bedeutet folgendes: Die ausgestreckten Arme und der Buchstabe „E", zusammen „TE", heißen „Du"; auf der Fußsohle des Jugendlichen steht „Maga", das ist im ungarischen die abwertende Form der Anrede „Sie", die ganz offensichtlich den Arbeitern gilt. Über dem Kopf der sitzenden Person, die etwas „Besseres" ist, steht „Ön", das ist die höfliche Form der Anrede „Sie" im ungarischen.



Diese Karikatur sowie der dazu gehörige Artikel in der Zeitung sollen diesen Jargon unter die Jugendlichen tragen, wobei die Jugend in der Karikatur dargestellt ist, wie wir es aus bürgerlichen Popzeitschriften der kapitalistischen Länder her kennen. In dem Artikel schreibt die Verfasserin selbst dazu: „... **daß neuerdings in Fernseh- und Radiosendungen nur Menschen mit bestimmten Berufen — Professoren, Wissenschaftler und in der Öffentlichkeit bekannte Persönlichkeiten mit „Ön" (also mit der höflichen Form der Anrede „Sie" — RM) angeredet werden. Demgegenüber werden Arbeiter und Kolonnenführer nur mit „Maga" angesprochen.**" Damit wird offen zugegeben, daß ein solcher Jargon unter den Jugendlichen nicht „vom Himmel gefallen" ist, sondern von der neuen Bourgeoisie über Fernsehen und Radio bewußt lanciert wird.

### „WARUM HAST DU IHN DENN NICHT ÜBERFAHREN?"

Es ist bekannt, daß gerade bei faschistischer Unterdrückung eines Volkes politische Witze sehr verbreitet sind. Ein Beispiel dafür sind die politischen Witze aus der Zeit des Hitlerfaschismus. Ein anderes Beispiel sind die politischen Witze aus der DDR. Hier zwei Beispiele:

Der Kollege Paul fährt jeden Morgen und jeden Abend von einem Ort zum anderen zur Arbeit und wieder zurück, dies nun schon jahrelang. Eines Tages, auf dem Weg nach Hause, merkt Paul auf einmal, daß der Zug die Gleise verlassen hat und über eine Wiese fährt. Als der Zug dann im Heimatort ankommt, geht Paul zum Lokführer und fragt: „Du, Hans, warum bist Du denn über die Wiese gefahren?" — „Ja", sagt Hans, „Der Schnitzler war auf den Gleisen." — „Warum hast Du ihn dann nicht überfahren?", fragt Paul erstaunt. „Ganz einfach", sagt Hans, „weil ich ihn erst auf der Wiese erwischt habe!"

* * *

Einer Reisegruppe aus der DDR, die Moskau besucht, zeigte man auch die Grabstätte Lenins. Als sie ankamen sahen sie, daß russische Soldaten davor Posten standen. Einer der Besucher wunderte sich und fragt den russischen Posten, warum er da stehe. Dieser antwortete prompt: Er passe auf, daß Lenin nicht wieder auferstehe!

## Hunderttausende Spanier im Streik

# Wachsende Empörung der Volksmassen

**Die spanische Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen haben auf die brutalen Morde der faschistischen Polizei an vier Arbeitern in der Stadt Vitoria mit einer neuen Welle des Kampfes geantwortet, mit der sie ihre Wut und Empörung über den blutigen Terror des faschistischen Regimes und ihre Solidarität mit dem Kampf ihrer ermordeten Kameraden ausdrückten.**

In allen spanischen Städten, in den Industriebetrieben, auf dem Gelände der Universitäten und Schulen finden heftige Klassenschlachten statt. In Vitoria selbst gehen die Demonstrationen der Arbeiter weiter — trotz des Terrors der Polizei. Die Beerdigung der vier ermordeten Arbeiter wurde zu einer großen Demonstration gegen die faschistische Unterdrückung durch das Regime Juan Carlos. Über 50000 Menschen gaben ihnen das letzte Geleit.

Zugleich traten in Bilbao, San Sebastian und anderen Städten des Baskenlandes über 500000 Arbeiter in den Streik und organisierten Demonstrationen, die die größten waren die in den letzten Jahren in Spanien stattgefunden haben. Auch in Madrid demonstrierten am 8. März Tausende von Arbeitern und solidarisierten sich mit ihren Kollegen in Vitoria. In der Madrider Universität kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Studenten und der faschistischen Polizei.

**In einer Fabrik in Bilbao kämpften die Arbeiter, die gerade eine Kundgebung auf dem Fabrikhof abgehalten hatten, mehrere Stunden lang gegen die Polizei, die angerückt war, um die Kundgebung der Arbeiter aufzulösen. In einer Ortschaft in der Nähe von Bilbao verhaftete die Polizei einige Arbeiter, die die Schienen einer Eisenbahnlinie aufreißen wollten, um das Anrücken von neuen Polizeitruppen zu verhindern. In Basauri, einem Vorort von Bilbao, legten 8000 Arbeiter die Arbeit nieder und zogen mit Losungen gegen die terroristische Gewalt der Polizei durch die Straßen. Sie forderten die Freilassung ihrer Kollegen; die in der letzten Zeit verhaftet worden waren. Auch hier ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor und setzte ebenfalls Schußwaffen ein. Auch in Basauri wurde ein achtzehnjähriger Jugendlicher von der Polizei ermordet — Presseberichten zufolge durch einen Schlag mit dem Gewehrkolben.**

Dieser erneute Mord hat die Empörung der Werktätigen noch mehr gesteigert. Die Streiks und Demonstrationen der spanischen Arbeiter und der anderen Werktätigen zeigen die tiefe Krise, in der das Regime Juan Carlos steckt. Die grausame faschistische Unterdrückung, die sich wie die Tatsachen zeigen, nach dem Tod Francos um keinen Deut geändert hat, die Ausplünderung der Werktätigen durch die ausländischen Imperialisten, vor allem die nordamerikanischen und westdeutschen Monopole, die Ausbeutung der Werktätigen in Stadt und Land durch die einheimische Großbourgeoisie und die Großgrundbesitzer, der Ruin der kleinen Bauern, die verstärkte Ausplünderung der Werktätigen durch den faschistischen Staat über die Steuern und andere Zwangsabgaben, all dies stürzt die große Masse des spanischen Volkes in immer größeres Elend. Bereits jetzt hat die Arbeitslosigkeit die Zahl von 10% der gesamten arbeitenden Bevölkerung erreicht. Während die Löhne von der Regierung eingefroren worden sind, hat die Inflation — nach offiziellen Angaben — eine Steigerungsquote von 17% erreicht. Die Kämpfe für höhere Löhne in den einzelnen Betrieben, für den Abschluß von Tarifverträgen in verschiedenen Industriezweigen und für andere wirtschaftliche Forderungen der Arbeiter sind daher einer der Brennpunkte der gegenwärtigen Klassenschlachten in Spanien. Die Massenbewegung für die Freiheit aller politischen Gefangenen, die Kämpfe gegen den Terror der Polizei und des faschistischen Staates, die große Solidarität unter den Arbeitern und anderen Werktätigen, die Tatsache, daß verschiedene politische Forderungen gegen das Regime erhoben wurden — all dies bildet einen zweiten Brennpunkt des Klassenkampfes, der das Regime in eine ernste Krise stürzt.

**Es ist daher kein Zufall, daß die reformistischen und revisionistischen Führer der Gewerkschaften, die revisionistische Partei des Verräters Carrillo, die Sozialisten der PSOE und andere in den gegenwärtigen Kämpfen die Propaganda für die allmähliche Demokratisierung des Regimes, für die bürgerliche Demokratie, mit allen Kräften steigern, um die Herrschaft des Imperialismus und der Bourgeoisie zu retten. Die KP Spaniens/ML und die unter ihrer Führung kämpfende FRAP verstärken daher um so mehr ihren Kampf für die Errichtung der föderativen Volksrepublik und die Revolution als dem einzigen Weg zur Befreiung des spanischen Volkes.**

## Finanziert mit unseren Steuergeldern

# Millionen Liter Milch werden vernichtet

**Nach der jüngsten Tagung des EG-Agrarministerrates steht fest: Die Lebensmittelpreise sollen schon wieder steigen. Nachdem die Kartoffeln bereits den Preis von Luxusartikeln erreicht haben, sollen in den kommenden Wochen weitere Grundnahrungsmittel wie Milch, Butter, Fleisch usw. verteuert werden. Die Lage auf dem Landwirtschaftssektor der Europäischen Gemeinschaft ist geradezu grotesk: Da bestehen sogenannte „Butterberge", „Milchseen" und „Milchpulverberge" und in Brüssel zerbricht man sich den Kopf darüber, wie man diese vernichtet, während zugleich die Preise für Milch, Butter usw. unaufhörlich erhöht werden. Es ist eine Lage, wie sie nur der Kapitalismus schaffen kann.**

Zweifellos wird heute in Westdeutschland wie auf dem gesamten Agrarmarkt der EG genügend Milch und Fleisch produziert, so daß jeder ausreichend damit versorgt werden könnte. Aber genau das ist eben nicht das Ziel der Nahrungsmittelmonopole, der Nestlé, Oetker, Botterbloom usw. Ihr Ziel — und darauf richten sie die Produktion aus, ist der Profit. Und wenn ein großes Angebot an Milch, Fleisch oder Wein besteht, das die Preise drücken könnte, dann werden diese Produkte kurzerhand auf dem Markt künstlich verknappt. Das geht Hand in Hand mit dem kapitalistischen Staatsapparat: Die Nahrungsmittelkonzerne verkaufen z. B. die Milch für teures Geld an den Staat, der durch seine Interventionskäufe das Warenangebot von Milch, Butter usw. verringert und damit die Preise für die Monopole hochhält. Durch diese Aufkäufe des Staates, der damit den Monopolen ihre Profite garantiert, kommen schließlich die staatlichen Butterberge, Wein- und Milchseen der EG zustande. Der EG-Agrarmarkt dient den Monopolen eben dazu, diese Ausplünderungspolitik der Werktätigen im gesamten EG-Raum zu bewerkstelligen.

Diese Politik der Ausplünderung haben die Werktätigen zu finanzieren. Nicht genug damit, daß mit unseren Steuergeldern die staatlichen Stützungskäufe finanziert werden, werden vom Staat Millionen für die Lagerung der Milch-, Fleisch- und Butterberge ausgegeben. Und was geschieht mit diesen Bergen? Zum Teil werden sie vom Staat vernichtet, zum Teil für Schleuderpreise in andere Länder verschachert. Jüngstes Beispiel für diese Schleuderverkäufe ist der Milchpulverhandel mit dem russischen Sozialimperialismus. Nachdem in den Jahren zuvor bereits in Brüssel von der EG zu Schleuderpreisen Butter und Rindfleisch nach Moskau losgeschlagen wurde, machte die EG jetzt ein Geschäft über 20000 Tonnen Milchpulver perfekt. Zu zahlen haben dafür die Steuerzahler in der EG: Mit 40 Millionen Mark wurde das Geschäft von der EG subventioniert. 40 Millionen also wurden den Werktätigen dafür abgepreßt, daß die Milch, die für die Werktätigen immer teurer wird, nach Moskau verschleudert wird.

Und wo diese Berge nicht verschleudert werden können, da werden sie eben von den kapitalistischen Staatsapparaten der EG auf Kosten der Werktätigen vernichtet. So sollen jetzt 400000 Tonnen Milchpulver zu Viehfutter verarbeitet werden. Dabei werden den Futtermittelfirmen, die oft auch noch den großen Nahrungsmittelkonzernen gehören, sogar noch Prämien für die Verarbeitung gezahlt — natürlich wiederum von den Steuergeldern, die die Werktätigen zu zahlen haben. Letzten Endes heißt das für die Werktätigen nichts anderes, als daß sie dafür zahlen müssen, damit die Nahrungsmittelkonzerne die Preise hochhalten können.

Aber sind es nicht die Bauern, die — wie die Zeitungen schreiben — immer höhere Preise fordern? Sind sie nicht diejenigen, wie Landwirtschaftsminister Ertl behauptet, davon profitieren? Im Gegenteil: So bekommt ein Bauer gegenwärtig bei uns für einen Liter Milch mit einem Fettgehalt von 4% durchschnittlich etwas über 40 Pfennige. Doch im Laden kostet der Liter Milch ungefähr 1 DM. Nicht die Bauern bestimmen diese Preise, sondern die Nahrungsmittelkonzerne, die damit Millionen-Profite machen. Gemäß den letzten Agrarbeschlüssen, sollen die Bauern jetzt um 4% mehr für die Ablieferung ihrer Produkte bei den Monopolen erhalten. Doch das deckt nicht einmal die Steigerung ihrer Betriebskosten, die gestiegenen Landmaschinen- und Futtermittelpreise, geschweige denn die gestiegenen Lebenshaltungskosten der Bauernfamilien.

Der EG-Agrarmarkt bedeutet weder für die kleinen und mittleren Bauern, noch für die übrigen Werktätigen eine Vergünstigung. Er ist ein Zusammenschluß der kapitalistischen Staatsapparate, die auf diesem Gebiet im Dienst ihrer Monopole bessere Möglichkeiten zur Ausplünderung und Ausbeutung der Werktätigen schaffen. Daher ist der Kampf der kleinen und mittleren Bauern in Westdeutschland, nicht anders als der militante Kampf der kleinen und mittleren französischen Weinbauern gegen die verstärkte Ausplünderung durch den EG-Zusammenschluß der Monopole, gerecht. Und es ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, die Bauern an ihrer Seite zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen das Kapital und seinen Ausbeuterstaat.

## Vom Aufbau des Sozialismus

### MECHANISIERUNG FÜR SAUBERE STRASSEN

Seit über einem Jahr gibt es auf Pekings Straßen neue Kehrmaschinen. Diese wurden von den Arbeiterinnen und Arbeitern im Vertrauen auf die eigene Kraft selbst entwickelt. Die Arbeiterinnen und Arbeiter faßten ihre Erfahrungen aus ihrer langjährigen Arbeit auf Pekings Straßen zusammen und konstruierten danach die ersten kleinen Kehrmaschinen, die auf Pekings Straßen ausprobiert wurden.

Besonders angespornt durch das Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats im letzten Frühjahr, entwickelten sie auf der Basis dieser kleinen Maschinen große Kehrwagen, für breite Straßen und den Tien An Men Platz. Da Pekings Klima sehr trocken und staubig ist, lösten sie dabei auch das Problem des Wassersprengens. Inzwischen haben sich beide Typen bewährt und werden in großer Zahl eingesetzt. Doch die Arbeiter ruhen sich auf diesem Erfolg nicht aus, sondern verbessern diese Maschinen stets weiter, um aus eigener Kraft die Mechanisierung voranzutreiben und ihre Arbeitsbedingungen und die Sauberkeit auf Pekings Straßen zu verbessern.

### GROSSE WÄLZFRÄSMASCHINE GEBAUT

In der Schanghaier Werkzeugmaschinenfabrik Nr. 1 ist der Bau von Chinas erster Wälzfräsmaschine von 8 m Durchmesser gelungen. Diese Maschine hat ein Gewicht von 130 Tonnen, sie ist 14 m lang, 4,4 m breit und 5,6m hoch und besteht aus über 11200 Teilen. Der größte Bestandteil wiegt 25 Tonnen, das kleinste nur ein paar Gramm. Beim Probefräsen erwies sich die Maschine bereits als leistungsfähig.

### WUSSTEN SIE SCHON ...

... daß in China die Preise stabil sind oder sogar gesenkt werden, während in den kapitalistischen Ländern und revisionistischen Ländern die Inflation immer mehr zunimmt? Zum 1. Januar 1976 sind unter anderem z. B. die Preise für Fernsehgeräte herabgesetzt worden. Tragbare Fernsehgeräte die vorher 300 Yuan kosteten, kann man jetzt für 240 Yuan kaufen, eine Herabsetzung um 20%.

... daß in China eine neue Getreideart entwickelt worden ist, während z. B. die Sowjetunion nicht einmal in der Lage ist, die eigene Getreideversorgung zu garantieren und tonnenweise Getreide einführt? Durch wiederholte Forschung und Experimente ist es chinesischen Agrarwissenschaftlern gelungen, eine neue Getreideart zu züchten, eine Kreuzung von Weizen und Roggen. Diese Getreideart ist gegen Trockenheit und Bodenversalzung beständig und sehr ertragsfähig. Zermahlen gibt sie besonders weißes Mehl. Ihr Eiweißgehalt ist sehr hoch, sie hat auch gute Gärwirkung. Ihre Halme sind gutes Futter für die Tiere.

... daß in China den Betrieben Krankenhäuser, Kindergärten und andere Einrichtungen angegliedert sind, während bei uns z. B. 9000 Betriebsärzte fehlen? So hat z. B. die Baumwollspinnerei Nr. 2 in Peking eine eigene Klinik mit 30 Betten und Krankenstationen in allen Abteilungen, eine Kinderkrippe, einen Kindergarten und Schlafsäle. Dies ist zeitsparend und bequem für die Arbeiterinnen, ihre Kinder und andere Familienmitglieder.

... daß in China jedes Jahr kostenlos vom Staat aktive und passive Schutzimpfungen gegen Epidemien wie Windpocken, Masern, Diphterie, Keuchhusten, Typhus, Kinderlähmung und Tuberkulose durchgeführt werden sowie auch gegen endemische Krankheiten wie z. B. das Schneckenfieber, während bei uns die Schutzimpfpflicht abgeschafft worden ist und die Seuchen auch wieder rapide zunehmen?

## 55 Jahre Kampf der Kommunisten Portugals

# Grossveranstaltung der PCP(R)

**In einer begeisternden revolutionären Atmosphäre haben sich am 7. März fast zehntausend Menschen zur ersten Großveranstaltung der im Januar gegründeten Partido Comunista Português (Reconstruido) versammelt. Diese Veranstaltung stand unter dem Thema: „55 Jahre des Kampfes der portugiesischen Kommunisten."**

Am 6. März 1921 war die Kommunistische Partei Portugals gegründet worden, vierzig Jahre lang stand sie an der Spitze des Kampfes des portugiesischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus, bis es der revisionistischen Verräterclique um Cunhal gelang, diese Partei zu zerstören und auf ihren Trümmern eine Lakaienpartei der Bourgeoisie aufzubauen. Zwölf Jahre lang kämpften die portugiesischen Kommunisten unter den schwierigsten Bedingungen, bis schließlich im Januar dieses Jahres die PCP(R), die marxistisch-leninistische Vorhutpartei der portugiesischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes gegründet wurde. Der Kampf der portugiesischen Kommunisten in den vergangenen 55 Jahren und besonders der Kampf gegen die revisionistische Verräterclique um Cunhal stand auch im Mittelpunkt der Hauptrede der Veranstaltung, die vom Genossen Eduardo Pires, Mitglied des Zentralkomitees der PCP(R) gehalten wurde. Seine Rede, wie auch die Reden zweier weiterer Genossen des ZK der PCP(R), über den Besuch einer Delegation der PCP(R) in der VR Albanien und die Aufgaben der PCP(R) in der Kampagne zu den Parlamentswahlen am 25. April und gegen den Vormarsch des Faschismus, wurden immer wieder von revolutionären Parolen und Sprechchören unterbrochen. Immer wieder feierten die Besucher der Veranstaltung den historischen Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Portugals mit den Rufen: „Es lebe die PCP(R)!"

Auf der ersten Großveranstaltung der wiederaufgebauten portugiesischen kommunistischen Partei überbrachten Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles und der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und auch ein Vertreter unserer Partei revolutionäre Kampfesgrüße an die Veranstaltung. Außerdem wurde eine Grußadresse der KP Brasiliens verlesen.




**Ein Blick in die Messehalle, in der die Veranstaltung der PCP (R) stattfand, der einen Eindruck von dem kämpferischen revolutionären Geist vermittelt, mit dem die fast 10000 Besucher den Reden und Grußadressen folgten.**

# Smith-Regime überfällt Dörfer in Mozambik

**In der vergangenen Woche hat der Präsident von Mozambik, Samora Machel, sein Volk aufgerufen, alle seine Kräfte zu mobilisieren, um die Angriffe zu vereiteln, die das rassistische Regime in Südrhodesien in der letzten Zeit immer häufiger gegen Mozambik unternimmt. Samora Machel gab gleichzeitig bekannt, daß Mozambik alle seine Grenzen mit Südrhodesien schließt und auch jeden Eisenbahn- und anderen Verkehr mit Südrhodesien unterbindet.**

Die bürgerliche Lügenpresse hat daraus eine „Kriegserklärung" Mozambiks an Südrhodesien gemacht und versucht, es als Aggressor hinzustellen und damit aus schwarz weiß zu machen und die Tatsachen völlig auf den Kopf zu stellen.

In Wirklichkeit unterdrückt das rassistische Regime Ian Smiths nicht nur die fast 6 Millionen Afrikaner in Südrhodesien mit brutaler faschistischer Gewalt, sondern es hat auch wiederholt offen Mozambik mit Waffengewalt angegriffen. **Erst Anfang März griffen die Rassisten mit Militärflugzeugen und Hubschraubern mozambikanische Grenzdörfer an, um sie zu bombardieren. Sie kamen aber nicht weit und viele von ihnen wurden von den Truppen Mozambiks abgeschossen oder beschädigt.** Diese Operationen der rassistischen Luftwaffe wurden auch von Panzerangriffen gegen Dörfer in Mozambik begleitet.

Mit ihren aggressiven Operationen versuchen die südrhodesischen Rassisten offensichtlich den Krieg, den sie gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe führen, auf Mozambik auszuweiten, um die Befreiungskämpfer besser umzingeln zu können und die gegenseitige Unterstützung und Hilfe der Völker von Mozambik und Zimbabwe gegen Imperialismus und Rassismus zu unterbinden. Aber diese Aktionen werden das rassistische Regime nur noch in größere Schwierigkeiten stürzen, seine internationale Isolierung wird noch größer werden und die Völker Afrikas werden sich enger im Kampf zusammenschließen. Schon haben Sambia und Tansania Mozambik ihre volle Unterstützung zugesagt und die 46 afrikanischen Staaten in der UNO haben beschlossen, den Sicherheitsrat aufzufordern, weitere Sanktionen gegen das rassistische Regime zu verhängen.

Die Aggressionen des rassistischen Regimes sind aber auch ein Beweis dafür, daß es dem Regime trotz einer mit den modernsten Waffen ausgerüsteten Armee, die mit den bewaffneten Verbänden der Polizei über eine Stärke von fast 60000 Soldaten verfügt, nicht gelingt, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterdrücken. Im Gegenteil, die Flammen dieses Kampfes lodern immer stärker auf und können selbst durch die grausamsten Verbrechen des rassistischen Regimes, wie die Ausrottung ganzer Dörfer, die Niedermetzelung von Männern, Frauen, Kindern und Greisen, nicht gelöscht werden. Der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe erzielt immer neue Erfolge. Die Befreiungskämpfer organisieren Angriffe auf militärische Objekte des Smith-Regimes, auf Verkehrslinien und Fahrzeuge, auf Stützpunkte und Truppenkonzentrationen sowie auf die Farmen der weißen Rassisten, d.h. derjenigen Großgrundbesitzer, die sich auf ihren riesigen Farmen eigene Armeen halten; die dem Volk von Zimbabwe das Land gestohlen haben und nun die afrikanische Bevölkerung auf ihren Farmen wie Sklaven ausbeuten und unterdrücken.

Vor allem im Norden und Osten des Landes haben die Befreiungskämpfer bereits befreite Gebiete errichtet. Diese Gebiete sind zu einer Basis geworden, wo die Kämpfer Schutz und Unterkunft finden und versorgt werden, wo sie die immer größere Unterstützung des Volkes finden. Die rassistischen Truppen, die in dieser Gegend im Einsatz gegen die Befreiungskämpfer sind, erleiden hohe Verluste. Allein im Februar haben sie 60 Tote und Hunderte von Verwundeten auf dem Schlachtfeld zurückgelassen. Die Erfolge des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe haben das rassistische Regime in Angst und Schrecken versetzt. Das geht sogar soweit, daß das Smith-Regime die weißen Farmer in verschiedenen Gebieten des Landes aufgerufen hat, sich in die wichtigsten Städte zu verkriechen. Denn es ist für sie unmöglich, den Angriffen der Befreiungskräfte standzuhalten.

In dieser kritischen Situation findet das rassistische Regime wie immer die Unterstützung der imperialistischen Mächte, vor allem der USA-Imperialisten. Kissinger ließ sofort nach Bekanntwerden der Rede Samora Machels eine erpresserische Drohung veröffentlichen, in der er offen Aktionen des US-Imperialismus zur Unterstützung des Smith-Regimes ankündigte. **Gleichzeitig wird bekannt, daß in den USA bereits — selbstverständlich unter verschiedenen Decknamen — Rekrutierungszentren für Söldner eröffnet worden sind, die als „Touristen" getarnt nach Südrhodesien geschafft werden.** Der britische Gesandte Greenhill reiste sofort nach Salisbury, um das Regime mit Waffen zu versorgen.

An der Unterdrückung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe beteiligen sich auch die westdeutschen Imperialisten, die nicht nur vielfältige diplomatische Verbindungen zu dem faschistischen Regime unterhalten, sondern auch umfassende Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die der Täuschung wegen allerdings meist über Südafrika abgewickelt werden.

Aber die Versuche der Imperialisten und Rassisten, den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu unterdrücken, sind zum Scheitern verurteilt. Die Geschichte hat bewiesen, daß der Befreiungskampf der Völker für Freiheit und nationale Unabhängigkeit auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann, welche Mittel die Imperialisten auch einsetzen. Die Unterdrückungsmaßnahmen und die Aggressionen, die das Smith-Regime jetzt verübt, werden es nicht vor seiner endgültigen Niederlage retten können.

# Aus aller Welt

**INDIEN**

Ein Kommando indischer Revolutionäre hat in der westbengalischen Stadt Kalkutta 40 Revolutionäre, die von dem faschistischen Gandhi-Regime eingekerkert worden waren, mit Waffengewalt aus dem Gefängnis befreit. Augenzeugenberichten zufolge wurde die Aktion am hellichten Tage unternommen. Die Revolutionäre stürmten das Gefängnis und befreiten die Gefangenen. Bei den anschließenden Gefechten gelang es der reaktionären Polizei, zwei Revolutionäre zu töten.

Die Revolutionäre waren eingekerkert worden, weil sie sich an der Revolte der Bauern im westbengalischen Bezirk Naxalbari beteiligt hatten. Entgegen den Behauptungen des faschistischen Gandhi-Regimes, die revolutionäre Bauernbewegung vollständig zerschlagen zu haben, zeigt die Befreiung der 40 gefangenen Revolutionäre das genaue Gegenteil.

In der letzten Zeit hat der Kampf der Bauern einen neuen Aufschwung genommen. In Tamil-Nadu und seiner Hauptstadt Madras, in weiten Landstrichen in Bihar, Uttar-Pradesh, Kerala, Gudscharat und anderen, weitet sich die Bewegung der Bauern immer mehr aus. Dabei kommt es immer häufiger zu bewaffneten Zusammenstößen und Kämpfen der Bauern gegen die reaktionäre faschistische Polizei, die dabei schon große Verluste erlitten hat. Der Aufschwung der Kämpfe der Bauern, wie auch die sich häufenden Streiks und Demonstrationen der Arbeiter und die Protestaktionen anderer Werktätiger, sind die Antwort der indischen Volksmassen auf die faschistische Unterdrückung und wachsende Verelendung. Sie sind zugleich eine schlagende Widerlegung der lügenhaften Propaganda der D„K"P-Revisionisten, die das faschistische Regime Indira Gandhis als „fortschrittlich" bezeichnen.

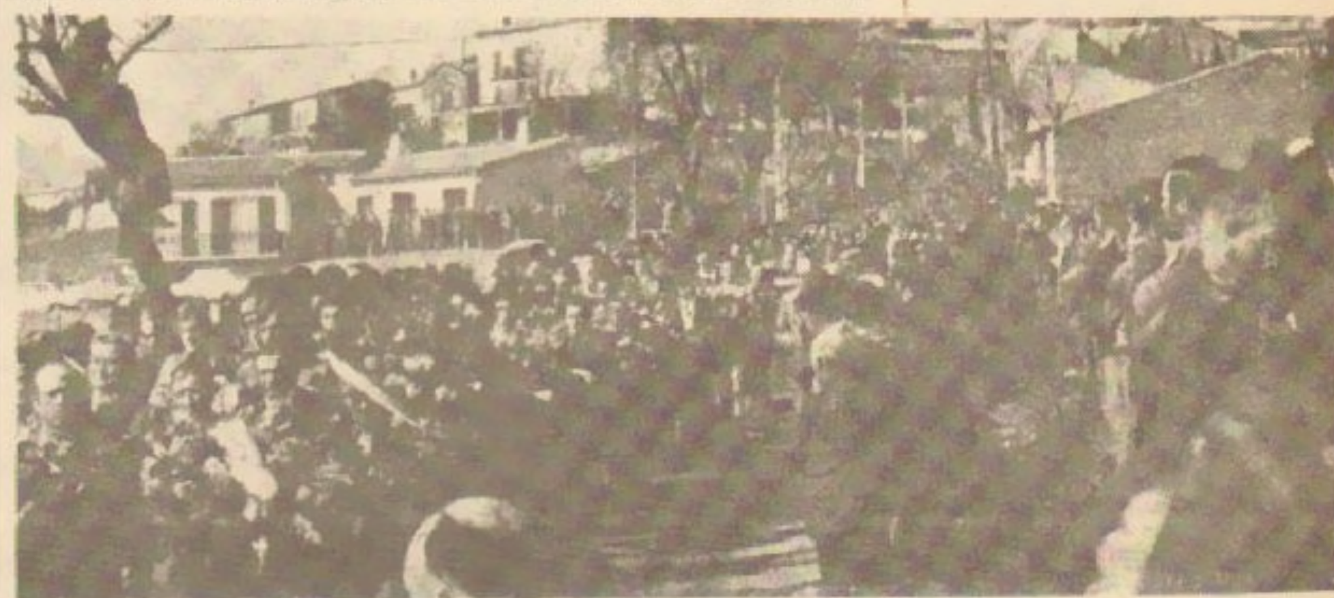
**SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!**
**VORSTAND DER KPD/ML**
**— Spendenkonto —**
**Stadtsparkasse Dortmund**
**Kto-Nr. 321004547**
**Stichwort: KAMBODSCHA**

**OSTTIMOR**

Einer Meldung der FRETILIN zufolge haben Einheiten ihrer Volksstreitkräfte in der letzten Zeit weitere große Erfolge im Kampf gegen die indonesischen faschistischen Aggressoren errungen. Wie mitgeteilt wird, gelang es ihnen jetzt sogar, Teile der von den indonesischen Truppen eroberten zweitgrößten Stadt des Landes, Bacau, zurückzuerobern.

**SAHARA**

In einem Kommunique der Front POLISARIO wird mitgeteilt, daß die Volksstreitkräfte in der Zeit zwischen dem 19.2. und 1.3. 1976 in zahlreichen Gefechten und bewaffneten Zusammenstößen 60 Soldaten der marokkanischen Aggressionsarmee getötet haben.



**Frankreich. Tausende von Kleinbauern gaben ihrem von der Polizei ermordeten Kollegen in Arquettes-en-Val, seinem Heimatdorf, das letzte Geleit. Unter den Tausenden von Namen, die sich in das Kondolenzbuch eingetragen haben, befindet sich auch unsere illegale französische Bruderpartei, die PCMLF. Der feige Mord hat die Wut der Bauern noch mehr angespornt und sie haben ihren Kampf verstärkt.**




Italien

VANGUARDIA OBRERA

Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS, UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

Portugal

HALKIN SESİ 42

Türkei

**REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN**

**Lieber Leser des ROTEN MORGEN!**

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

**Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**
**2 Hamburg 11, Postfach 11 1649**
**PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.**

## HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

**RADIO TIRANA**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE |
|---|---|
| **1. Programm** | |
| 13.00-13.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 16.00-16.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 19.00-19.30 | 41 m und 50 m (KW) |
| **2. Programm** | |
| 14.30-15.00 | 32 m und 41 m (KW) |
| 18.00-18.30 | 32 m und 41 m (KW) |
| 21.30-22.00 | 41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW) |
| **3. Programm** | |
| 6.00-6.30 | 41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW) |
| 23.00-23.30 | 41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW) |
| 32 m entspricht | 9,26 MHz (KW) |
| 41 m entspricht | 7,30 MHz (KW) |
| 50 m entspricht | 5,95 MHz (KW) |
| 215 m entspricht | ca. 1400 KHz (MW) |

**RADIO PEKING**

| UHRZEIT | WELLENLÄNGE | |
|---|---|---|
| 19.00-20.00 | 43,3m, 42,7m und 38,5m (KW) | 43,3m entspricht 6,92 MHz (KW) |
| | | 42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW) |
| 21.00-22.00 | ebenso | 38,5m entspricht 7,78 MHz (KW) |

## Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

# Wahlkampf mit Polizeiknüppeln

Am Samstag, den 6.3. führte die CDU in der Stadthalle Freiburg mit Polizeiknüppeln ihren Wahlkampf. Die Tatsache, daß Filbinger und Eberle, beide wegen des KKW Wyhl besonders bei der Kaiserstühler Bevölkerung verhaßt, sowie Kohl, der vor kurzem wegen des „Rehbockhorn-Attentats" hier für Schlagzeilen sorgte, auftreten sollten, stieß auf breite Empörung.

Mehrere Hundertschaften Polizei und eine große Zahl von Ordnern und Spitzeln stand zum Schutz der Veranstaltung bereit. Im Saal wurden Parolen gerufen. Schon lange vor Beginn der Veranstaltung versuchten die Saalordner Schlägereien zu provozieren, um uns schon vor Beginn der Veranstaltung aus dem Saal jagen zu können.

Beim Einmarsch der CDU-Führer ertönten Parolen und ein minutenlanges Pfeifkonzert, was es den Veranstaltern unmöglich machte, die Veranstaltung wie gewünscht zu eröffnen. In diesem Moment provozierten die Ordner eine Schlägerei mit Stühlen, um einen Vorwand zu haben, die Polizei einsetzen zu können. Etwa eine Hundertschaft kam dann angestürmt und drängte einen Teil der Demonstranten durch einen brutalen Knüppeleinsatz zur Halle hinaus. Dabei wurden auch Jugendliche, die an der Aktion nicht teilnahmen, aber von dem plötzlichen Polizeiüberfall überrascht waren, brutal zusammengeschlagen. Doch trotz wiederholter Polizeischlägereien blieben noch eine Reihe Genossen im Saal. Es wurden weiter Parolen gerufen...

Rot Front!

Ein Genosse des Palästina-Komitees Freiburg

# Genossen Hubert und Bernd aus dem Gefängnis entlassen

**Vor kurzem wurden die Genossen Hubert und Bernd aus dem Gefängnis entlassen. Beide waren zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil sie 1972 an der Demonstration zum Roten Antikriegstag in München teilgenommen hatten. Bei beiden wurde ein Teil der Strafe zur „Bewährung" ausgesetzt. Bereits wenige Tage nach seiner Freilassung sprach Genosse Bernd Reisser im Namen der Zentralen Leitung der RHD auf der Veranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML — nur ein kleines Zeichen dafür, daß die monatelange Haft nichts, aber auch gar nichts an der revolutionären Haltung der Genossen ändern konnte.**

Genosse Hubert schrieb uns jetzt:

„Liebe Genossen, über eine Woche bin ich jetzt schon aus dem Gefängnis entlassen und es ist wirklich Zeit, daß ich Euch schreibe. Erst mal möchte ich allen Freunden und Genossen für die großartige solidarische Unterstützung danken, die sie für uns geleistet haben. In mehr als 800 Briefen und Karten drückten die Genossen ihre Solidarität aus. Das hat sehr dazu beigetragen, daß ich die Zeit im Gefängnis, die ja nicht immer leicht war, doch ertragen konnte.

Eine ebenso große Unterstützung war aber auch die Weiterführung des Kampfes, bei dem verstärkte Anstrengungen unternommen und auch Erfolge erzielt wurden. Genossen, das gibt einem Kraft, die Schikanen zu ertragen. Wenn man sieht, daß es überall aufwärts geht, warum soll man sich da kleinkriegen lassen?...

Als ich am Montag wieder zu arbeiten begann, war die Freude meiner Kollegen riesengroß. Von Arbeit war in den ersten beiden Tagen nicht die Rede. Alle wollten, daß ich erzähle. Das tat ich natürlich. Die Kollegen hatten auch gehört, daß man mich zu einem Kriminellen abstempeln will. Sie sagten: „*Wenn Du ein Verbrecher sein sollst, dann sind wir alle welche. Schließlich paßt uns an diesem System auch vieles nicht.*"

Sehr gefreut habe ich mich auch, als ich durch den Betrieb ging und in allen Abteilungen die Karten sah, die ich den Kollegen geschrieben habe. Zum Teil hängen sie schon mehr als ein halbes Jahr an den Anschlagbrettern. Viele Kollegen sind stolz darauf: „*Da, schau Dir die Karten an, wir haben Dich nicht vergessen!*"

Soll man da resignieren, wegen neun Monaten Gefängnis? Jetzt habe ich noch drei Jahre „Bewährung" vor mir. Damit hat die Bourgeoisie natürlich noch ein Druckmittel, aber sie wird auf einen Stein drücken! Nochmals herzlichen Dank allen, die mich und die anderen Genossen in Haft unterstützt haben. Und denkt daran: noch immer sind die Genossen Sascha, Schorsch und Heinz in Haft — laßt deshalb nicht nach in Eurer Solidarität. Schreibt ihnen, unterstützt sie — und vor allem, protestiert dagegen, daß der Genosse Sascha noch immer in U-Haft gehalten wird!

Rot Front, Euer Hubert

# Angst vor einem Gedicht

Neulich stand bei uns in der Kaserne „Auf der Freiheit" in Schleswig an einer Klotür groß und deutlich geschrieben: General, dein Tank ist ein starker Wagen, / er kann einen Wald niederbrennen / und 100 Menschen zerquetschen / Nur er hat einen Fehler, er braucht einen Fahrer. / General, dein Flugzeug,... General, der Mensch ist sehr brauchbar, / er kann fliegen und töten, / er hat nur einen Fehler, er kann denken. — B. Brecht.

Als die Offiziere dessen gewahr wurden, besprachen sie sofort mit dem Kompanieführer, was dagegen zu machen sei. Die Kameraden, die sich dieses Gedicht durchlasen, fanden es alle recht gut. (Es kam deshalb extra jeder auf diese Toilette). Zu Mittag wurde dann zusätzlicher Dienst von 17.00-18.00 Uhr angesetzt und zwar für die, die im Bereich der entsprechenden Toilette arbeiteten. Dies war mehr als die halbe Kompanie. Die Offze wollten damit erreichen, daß die „Roten" von den anderen Kameraden abgespalten werden. Dies gelang ihnen teilweise auch noch. Unsere Aufgabe ist es jetzt, den Kameraden klarzumachen, daß nicht wir die Offze durch solch eine Aktion „provozieren", sondern daß der Charakter der Bundeswehr die einfachen Soldaten zwingt, den Kampf aufzunehmen. Das Gedicht in der Toilette war nur ein Teil dieses Kampfes.

Rot Front! Ein Genosse aus Schleswig

# „Halkin Sesi" in Istanbul von der Polizei überfallen

**„Der Faschismus kann die Stimme des Volkes — ‚*Halkin Sesi*' — nicht zum Schweigen bringen", heißt es in einer Pressemitteilung der türkischen revolutionären Zeitschrift „*Halkin Sesi*", die uns jetzt erreichte.**

Am 26. Februar hat die türkische Polizei das Büro und die Druckerei der Wochenzeitung „*Halkin Sesi*" überfallen und den verantwortlichen Genossen für das Büro, **Macit Copur** sowie den Drucker **Ömer Parlar** auf ihrer Arbeitsstelle festgenommen und zur politischen Polizei gebracht. **Beide Genossen wurden anschließend an einen unbekannten Ort gebracht, obwohl ein Gericht inzwischen ihre Freilassung angeordnet hatte. Von beiden Genossen gibt es bis zur Stunde keine Nachricht.**



Warum dieser Überfall auf „*Halkin Sesi*", die als legale Zeitung entsprechend den Gesetzen der Türkei erscheint? Warum der Versuch, das Erscheinen der Nr. 46 der Zeitung dadurch zu verhindern, daß die Druckerei in ein Polizeirevier verwandelt wurde? Warum die Verschleppung der beiden verantwortlichen Genossen?

„Dieser Angriff", heißt es in der Pressemitteilung, „erfolgte nach dem Erscheinen der Nr. 45 unserer Zeitschrift. In dieser Nummer wurde ‚die zuständige Behörde' die von der amerikanischen Flugzeuggesellschaft (Lockheed — RM) 2,2 Millionen DM Bestechungsgelder erhalten hat, unserem Volk bekanntgemacht. Auf ihrer Titelseite wurde ein Bild, das Emin Alpkaya, den Oberkommandeur der Luftwaffe, mit einem Vertreter der italienischen Flugzeuggesellschaft (Aeritalia, ein Lockheed-Lizenznehmer, etwa wie Fokker in den Niederlanden und der Bundesrepublik — RM) beim Anstoßen der Gläser zeigt, veröffentlicht."

In dem Leitartikel von „*Halkin Sesi*" heißt es dazu unter anderem: „Das sind die Feinde des Volkes und der Nation, die mit einer Hand das Volk mit der Peitsche schlagen und mit der anderen, mit den Imperialisten, auf den Verkauf der Heimat anstoßen. Es sind dieselben Hände, die 2,2 Millionen DM Bestechungsgelder bekommen und in den Folterkammern an den Hebeln des Foltergeräts drehen. Das sind diejenigen, die gegen die Arbeiter, die für ein menschliches Leben und für ihre Lebenssicherheit kämpfen, die Panzer schicken, die auf die Jugend Kommandoangriffe organisieren lassen, die die Bauern zur Sklaverei verurteilen, gegen die kurdische Nation Massenterror unternehmen."

Dies sowie die entschlossene Haltung des Kampfes von „*Halkin Sesi*" gegen alle Feinde des werktätigen türkischen Volkes, besonders gegen die beiden Supermächte, für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit von der ersten Nummer an, ist der Grund für den Überfall. Trotz des Überfalls jedoch erschien die Nummer 46 der Zeitung wie geplant.

Nieder mit den Angriffen auf „*Halkin Sesi*"!

Sofortige Freilassung der beiden verantwortlichen Genossen!

# Besuch der chinesischen Tischtennismannschaft in Münster

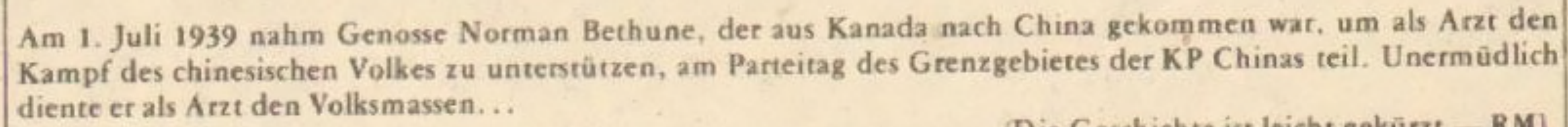
Als die chinesische Tischtennismannschaft in Münster ankam, fand am Abend eine Begrüßungsveranstaltung durch den TTC Münster und durch die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft statt. Die GDCF hatte sich an den TTC gewandt und dieses gemeinsame Vorgehen vorgeschlagen.

Das Fest verlief in sehr guter Stimmung. Die Genossen hielten kurze Ansprachen, sangen Volkslieder. Auch die chinesischen Genossen trugen Lieder aus ihrer Heimat vor.

Die Partei verteilte zu dem Tischtennisspiel Flugblätter. Vor der Sporthalle war ein Informationsstand aufgebaut, der bei den Besuchern auf großes Interesse stieß. Das Spiel selbst verlief sehr gut und sportlich. Die Chinesen gewannen 5:2.

Ein Genosse aus Münster

# Norman Bethune in China



Am 1. Juli 1939 nahm Genosse Norman Bethune, der aus Kanada nach China gekommen war, um als Arzt den Kampf des chinesischen Volkes zu unterstützen, am Parteitag des Grenzgebietes der KP Chinas teil. Unermüdlich diente er als Arzt den Volksmassen...

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM).



Bald darauf arbeitete Genosse Bethune im Dorf Schenbutsun, Tag und Nacht, an dem Buch „Organisation und Technik eines Divisions-Feldlazaretts im Partisanenkrieg". In diesem Buch faßte er mit der Grundlage der strategischen Linie des Vorsitzenden Mao die Erfahrungen der Arbeit im Lazarett zusammen. Das war ein wertvolles Geschenk für das chinesische Volk.



Genosse Bethune behandelte nicht nur die Soldaten, sondern auch die zivile Bevölkerung. Die Massen sprachen von ihm als „Unser Doktor Bethune".



Eines Tages kam Genosse Bethune in das Dorf Hodjiadschuang. Er traf dort einen älteren Bauern, der einen geschwollenen Arm hatte. So nahm Genosse Bethune den Bauern mit in die Ambulanz und behandelte den Arm.



Damals sagte Genosse Bethune zu ihm: „Sage den Leuten im Dorf, ich bin ein Arzt der Achten Route-Armee. Wer krank ist, der soll zu mir kommen!"



Nach zwei Tagen besuchte Genosse Bethune den Bauern, um ihm den Verband zu wechseln. Der Bauer sagte zu Genossen Bethune: „Besten Dank, Doktor Bethune!" Genosse Bethune erwiderte: „Du mußt dich bei der Achten Route-Armee bedanken."



Als der Arm zusehends besser wurde, schenkte der alte Bauer dem Genossen Bethune Datteln und Eier, die dieser dankend ablehnte. Aber der Bauer ließ sich nicht abbringen, und Genosse Bethune mußte einen Teil des Geschenks annehmen und ließ es die Krankenschwester an die verwundeten Kämpfer verteilen.



Eines Tages erfuhr Genosse Bethune, daß es in einem über 25 km von dem Sanitätstrupp entfernten Dorf einen Schwerverwundeten gab, dessen Leben in höchster Gefahr schwebte. Genosse Bethune ritt sofort zu ihm.



Nach der Operation war es schon dunkel. Aber Genosse Bethune dachte an die anderen Verwundeten, die auf ihn warteten, und ritt sogleich wieder zurück.

(Wird fortgesetzt).

# Rede des Genossen Ernst Aust auf der Grossveranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML (Auszüge)

Liebe Kollegen, Freunde, Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, heute und hier aus der Westfalenhalle in Dortmund, in unser aller Namen unseren in der DDR unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität kämpfenden Genossinnen und Genossen der Sektion unserer gemeinsamen Partei, der Kommunistischen Partei Deutschlands /Marxisten-Leninisten, die heißesten und herzlichsten Kampfesgrüße entbieten zu können.

Wie die Gründung der KPD/ML um die Wende des Jahres 1968/69, so ist auch die Gründung der Sektion DDR unserer Partei um die Jahreswende 1975/76 ein historischer Akt, ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus, ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und für die Errichtung eines vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands.

Unser Dank an dieser Stelle gilt auch den Genossen unserer Partei, die schon seit über zwei Jahren in unermüdlicher Kleinarbeit, ungeachtet der damit verbundenen Gefahren, die Kontakte zu unseren Genossen drüben knüpften und festigten. Vor allem aber gilt unser Dank jener Stimme, die trotz faschistischer Zensur, trotz massiver Störversuche, Tag für Tag die Arbeiterklasse, die Werktätigen der DDR erreicht, der Stimme von Radio Tirana, der Stimme des Leuchtfeuers des Sozialismus in Europa, der Stimme der Volksrepublik Albanien und seiner ruhmreichen, prinzipienfesten, marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit mit dem Genossen Enver Hoxha an der Spitze.

## Die nationale Frage auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens und heute

Wir älteren Genossen unserer Partei erinnern uns noch genau der Zeit, als auf deutschem Boden der erste deutsche Arbeiter- und Bauernstaat entstand, auf den sich damals die hoffnungsvollen Blicke auch der westdeutschen Arbeiterklasse, der westdeutschen Werktätigen richteten. Es war keine leichte Zeit. Unsere Städte und Werke in Trümmern, Hunger und Elend, Lebensmittelkarten, auf die es einige Gramm Brot, Fett und ab und zu auch mal ein Ei gab. Ein blühender schwarzer Markt, auf dem sich die Schieber bereicherten. Viele hunderttausend Männer noch in Kriegsgefangenschaft. Anders als nach dem ersten Weltkrieg wurde der Hitlerfaschismus zerschlagen, ohne daß die breiten Massen des werktätigen deutschen Volkes sich zum revolutionären Kampf erhoben, sich im Geist der proletarischen Revolution zusammengeschweißt hätten. Verzweiflung, Resignation, eine abwartende Haltung waren weit verbreitet.

**Doch es gab eine große Hoffnung für das deutsche Proletariat, das war die siegreich aus dem Krieg hervorgegangene große sozialistische Sowjetunion unter der Führung des Genossen Stalin.** Da der Hitlerfaschismus, Instrument des deutschen Finanzkapitals, hauptsächlich durch die sozialistische Sowjetunion zerschlagen worden war, war die Sowjetunion stark genug, gegenüber den imperialistischen Allierten das Potsdamer Abkommen durchzusetzen.

Dieses Potsdamer Abkommen enthielt Bestimmungen, die für die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Deutschland günstige Bedingungen schufen. Es wurden Maßnahmen beschlossen, die bei ihrer Durchführung die weitgehende Liquidierung des deutschen Imperialismus bedeutet hätten: der faschistische Staatsapparat sollte aufgelöst und Deutschland völlig entmilitarisiert werden; hinzu kamen wirtschaftliche Beschlüsse über die völlige Demontage der Kriegsindustrie, die Entflechtung der Monopole sowie über den Aufbau einer auf Konsumgüter und Landwirtschaft konzentrierten Friedenswirtschaft. Hinzu kamen Beschlüsse, die der Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus dienen sollten, wie der Beschluß über die Beseitigung aller *„nazistischen Gesetze, welche die Grundlage für das Hitlerregime geliefert hatten“*; die Verordnung *„keine Diskriminierung (aufgrund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung) weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden“*, sowie die Entfernung aller *„Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben ...aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten der wichtigen Privatunternehmen“* u.a.m. Das alles hätte bei konsequenter Anwendung in Verbindung mit den anderen Prinzipien des Abkommens die Wiedererrichtung eines imperialistischen Staatsapparates weitgehend unmöglich gemacht. Außerdem enthielt das Potsdamer Abkommen die feierliche Verpflichtung, die Einheit Deutschlands unangetastet zu lassen.

An der Durchführung des Potsdamer Abkommens, das die weitgehende Liquidierung des deutschen Imperialismus vorsah, am Abschluß eines Friedensvertrages auf seiner Grundlage, waren nicht nur die Völker, die gegen Hitlerdeutschland gekämpft hatten, sondern auch die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten interessiert. Nicht daran interessiert waren die deutschen Imperialisten. Nicht wirklich daran interessiert waren auch die westlichen Imperialisten. Sie hatten zwar ein Interesse an der Ausschaltung eines Konkurrenten, allerdings nicht unter den Bedingungen, die zu einem sozialistischen Deutschland geführt hätten.

**So war denn der Kampf um die Durchführung des Potsdamer Abkommens und den Abschluß eines Friedensvertrages, der u.a. die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung, Abzug aller Besatzungstruppen, die Ablehnung von Beteiligung an Militärbündnissen, das Recht auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität vorsah, ein scharfer Klassenkampf zwischen dem Imperialismus und dem deutschen Proletariat unter der Führung seiner kommunistischen Partei, wobei die sozialistische Sowjetunion und die Rote Armee dem deutschen Proletariat besondere Hilfe leisteten.**

Wir wissen, wie dieser Kampf in Westdeutschland ausging. Um ihre verlorene Macht zu retten, war die deutsche Monopolbourgeoisie zu jedem Zugeständnis bereit. Da sie sich nicht mehr imstande sah, ganz Deutschland ihrer kapitalistischen Herrschaft zu unterwerfen, sabotierte sie mit Hilfe des US-Imperialismus das Potsdamer Abkommen, sprengte sie die Einheit der Nation, löste sie Westdeutschland aus dem Nationalverband der Deutschen heraus und unterwarf es den Interessen des amerikanischen Finanzkapitals.

Dieser Spaltungspolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie unter der Führung der USA-Imperialisten stellte damals die KPD die korrekte Losung von der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung entgegen. Diese Losung bedeutete keineswegs eine Revision der Losung vom revolutionären Ausweg aus der Krise. Sie stellte vielmehr die korrekte Taktik des Herangehens an die sozialistische Revolution unter den damaligen Bedingungen in Deutschland dar. **Sie bedeutete keine „Etappe“ im Sinn von strategischer Periode, weil die demokratische Revolution in Deutschland nicht mehr durchzuführen, sondern allenfalls in gewisser Hinsicht zu vollenden war. Die Deutung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung als eigenständige „demokratische“ strategische Periode ist revisionistisch und wurde von Ulbricht entwickelt.**

Der Kampf um die Durchsetzung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland setzte die Erhaltung der nationalen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und den Abschluß eines Friedensvertrages voraus. Die KPD-SED setzten der Spaltungspolitik der Westmächte von Anfang an den „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ entgegen, der seinem Wesen nach ein gesamtdeutsches revolutionäres Organ des Proletariats und seiner Verbündeten war. Aus der sich verbreiternden Volkskongreßbewegung entwickelte sich 1949 und 1950 die „Nationale Front des demokratischen Deutschlands“ als eine antiimperialistische Befreiungsbewegung aller deutschen Patrioten. In der Nationalen Front drückte sich das Streben des deutschen Volkes nach einem vereinten, unabhängigen und demokratischen Deutschland aus.

Genossinnen, Genossen,

laßt mich an dieser Stelle ein paar Worte zu jener Strömung in der revolutionären Bewegung Westdeutschlands sagen, die sich in dem Versuch der GRF (KPD) ausdrückt, den Kampf für die sozialistische Revolution von der Tagesordnung abzusetzen und ihn dem Kampf für die nationale Unabhängigkeit unterzuordnen. Vielleicht haben sie diese Periode des Klassenkampfes in Deutschland im Auge, wenn sie heute von der Frage des „Herankommens an die proletarische Revolution“ sprechen, wenn sie die nationale Frage heute als das Hauptkettenglied des revolutionären Kampfes betrachten, wenn sie sagen: *„daß trotz unterschiedlicher Wege die Arbeiterklasse und die Volksmassen der geteilten Nation in einer gemeinsamen revolutionären Strategie vereinigt werden müssen.“*

Nun, was die Frage der „gemeinsamen revolutionären Strategie“ betrifft, so hat unsere Partei bereits in ihrer Gründungserklärung 1968/69 das gemeinsame strategische Ziel der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen sowohl Westdeutschlands wie auch der DDR bestimmt: ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. Und es war unsere Partei, die allen Anfeindungen, allen Diffamierungen (auch seitens der „Roten Fahne“) zum Trotz in ihrer ZK-Erklärung „Deutschland dem deutschen Volk“ Ende 1973 die große Bedeutung der nationalen Frage sowohl unter dem Gesichtspunkt des weltweiten Kampfes gegen die beiden imperialistischen Supermächte als auch im Hinblick auf die besonderen Bedingungen der sozialistischen Revolution in Deutschland zusammenfaßte.

Nur sind wir in dieser Erklärung nicht — wie die GRF (KPD) heute — in den Fehler verfallen, die soziale Frage der nationalen Frage unterzuordnen, sondern haben klipp und klar erklärt, *„daß ihre Lösung untrennbar verbunden ist mit der allgemeinen Frage der sozialistischen Revolution“*.

Damals, Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre stellte sich die nationale Frage unter den besonderen Bedingungen des Potsdamer Abkommens. Wie lautete damals die zentrale Forderung der Partei? *„Wiedervereinigung Deutschlands als einheitlicher, demokratischer, friedliebender, unabhängiger Staat und Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland“*. Eines Friedensvertrages eben auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens.

Was aber hätte die Erfüllung dieser Forderung damals konkret bedeutet? Daß ein Deutschland entstanden wäre ohne Monopole, ohne imperialistischen, sondern allenfalls mit einem sehr schwachen bürgerlichen Staatsapparat, ohne, oder nur mit sehr schwacher bewaffneter Macht der Bourgeoisie, unter Entfernung aller ehemaligen führenden Nazis aus Amt und Würden usw., mit einer starken sozialistischen Basis in der DDR. Von da bis zur Errichtung der sozialistischen Macht in ganz Deutschland wäre es nur noch ein kleiner Schritt gewesen.

Heute, da die Voraussetzungen des Potsdamer Abkommens fehlen, da der deutsche Imperialismus wiedererstarkt ist, da in der DDR der Kapitalismus restauriert wurde, kann es nicht einfach um die Wiedervereinigung Deutschlands als „einheitlichen, demokratischen, friedliebenden, unabhängigen Staat“ gehen. *„Denn“*, so heißt es in unserer ZK-Erklärung, *„weder ein Deutschland unter der Diktatur des Finanzkapitals, des westdeutschen Imperialismus, noch ein Deutschland sozialfaschistischer, sozialimperialistischer Prägung wäre ein friedliebender, demokratischer, unabhängiger Staat. Weder das deutsche, noch die anderen Völker Europas könnten und würden sich mit solch einem einheitlichen Deutschland abfinden.“* Darum kann die Wiedervereinigung Deutschlands heute nur in einem vereinten, unabhängigen und sozialistischen Staat erfolgen.

Wenn dagegen die GRF (KPD)-Führer der Meinung sind, daß die nationale der sozialen Frage übergeordnet ist, müssen sie logischerweise daraus schließen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ohne die sozialistische Revolution nicht nur möglich (das ist sie zweifellos), sondern auch anzustreben sei. Dann aber mögen sie auch bitte so ehrlich sein und ihre zentrale Losung in, für ein unabhängiges, vereintes, imperialistisches Deutschland' ändern.

(...)

Genosse Lenin hat in der Auseinandersetzung mit der Genossin Rosa Luxemburg über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen folgendes gesagt: *„Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich zur Arbeiterfrage die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegung ist seine Theorie himmelweit entfernt.“* Genossen, das ist auch unser Standpunkt. Die nationale Frage ist von großer Bedeutung und wir ignorieren sie nicht und haben sie nie ignoriert. Aber sie ist der Klassenfrage, dem Kampf für die sozialistische Revolution untergeordnet.



## Grußadresse der Sektion DDR der KPD/ML zur Großveranstaltung

**Genossen,**

**wir grüßen auf das Herzlichste das ZK der KPD/ML mit Genossen Ernst Aust an der Spitze, sowie alle anwesenden Genossen und Sympathisanten unserer Partei. Die herrschende Verräterclique in der DDR hindert uns daran, selbst anwesend zu sein und zu Euch zu sprechen, doch sie kann nicht verhindern, daß in diesem Augenblick unsere Herzen und Gedanken bei Euch sind. So bedanken wir uns auf diesem Wege beim ZK und allen anderen Genossen, die uns bei der Vorbereitung der Gründung der Sektion unterstützt haben und uns weiter wichtige Hilfe geben werden.**

**Die Gründung unserer Sektion war ein bedeutendes Ereignis. Der Weg, der bis zur Gründung gegangen werden mußte, war nicht einfach, doch das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung sowie die Hilfe der Partei ermöglichten es uns, den richtigen Weg einzuschlagen.**

**Die Bedingungen, unter denen wir leben und kämpfen müssen, sind die einer sozialfaschistischen Diktatur, wie sie uns von der verräterischen Honecker-Clique und ihren Oberherren, den neuen Zaren im Kreml aufgezwungen wurden. Das bedeutet für uns, daß wir ausgerüstet mit der scharfen Waffe des Marxismus-Leninismus bei unserer Arbeit größte Wachsamkeit üben und die Grundsätze der Illegalität streng befolgen müssen.**

**Genossen, laßt uns gemeinsam den Kampf führen für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in beiden Teilen Deutschlands und für ein geeintes, sozialistisches Deutschland.**

**Der Weg dorthin wird schwer und voller Opfer sein, doch der erste Schritt ist getan und niemand kann unsere gerechte Sache mehr aufhalten.**

**Es lebe unsere Partei, die KPD/ML!**

**Es lebe das ZK der KPD/ML mit Genossen Ernst Aust an der Spitze!**

**Mit proletarischem Gruß — Sektion DDR der KPD/ML**

## Grußadresse der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande

**Haarlem, 14. Februar 1976**

**Liebe Genossen,**

Mit großer Freude begrüßen wir die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. Unserer Meinung nach handelt es sich hierbei um ein historisches Ereignis, weil damit zum ersten Mal eine marxistisch-leninistische Partei gleichzeitig in einem revisionistischen und einem kapitalistischen Staat tätig ist.

Die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR und die Erringung des Sieges über den westdeutschen Imperialismus ist die einzige Lösung der nationalen Frage in Deutschland.

Heutzutage ist der Kampf gegen die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, eine wichtige Aufgabe für eine marxistisch-leninistische Partei.

Wir freuen uns, daß die KPD/ML, unter Führung ihres Vorsitzenden, Genossen Ernst Aust, diese Aufgabe entschlossen wahrnimmt.

Ein vereintes und unabhängiges Deutschland unter der Führung der KPD/ML wird auch für die marxistisch-leninistischen Parteien anderer europäischer Länder eine große Unterstützung sein.

Eine enge Zusammenarbeit im Kampf der westdeutschen und ostdeutschen Arbeiterklasse dient in jeder Hinsicht dem Kampf aller Arbeiter Europas.

Wir gratulieren Euch zu diesem Schritt auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse Deutschlands!

**Es lebe die Freundschaft zwischen der Arbeiterklasse Deutschlands und den Niederlanden!**

**Es lebe die KPD/ML mit ihren drei Sektionen!**

**Es lebe Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML!**

**Zentralkomitee der Marxistisch-Leninistischen Partei der Niederlande,**

**der Sekretär C. Petersen**

## Grußadresse der Revolutionären Arbeiter-Bauernpartei der Türkei

**An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.**

**Die Gründung der Sektion unserer Bruderpartei, der KPD/ML, in der DDR begrüßen wir begeistert. Die Gründung dieser Sektion ist gegenüber den revisionistischen Verrätern ein Erfolg des deutschen Proletariats, das eine große revolutionäre Tradition besitzt. Das ist zugleich für die marxistisch-leninistischen Parteien verschiedener Länder und für unsere Partei, die gegen den modernen Revisionismus kämpfen, ein Impuls.**

Die revisionistische Clique in Ostdeutschland, die Chruschtschow folgte und das deutsche Proletariat und die deutsche Nation verriet, machte die Deutsche Demokratische Republik vom Sozialimperialismus abhängig und errichtete dort eine sozialfaschistische Diktatur. Somit sind die Sozialimperialisten und die ihnen Handlangerdienste leistende SED-Clique heute hauptsächliche Hindernisse für die Verwirklichung der proletarischen Revolution in Deutschland, der Unabhängigkeit und Einheit der deutschen Nation. Ebenfalls sind die andere Supermacht, die USA, und die westdeutsche Monopolbourgeoisie Feinde der proletarischen Revolution in Deutschland, der Unabhängigkeit und Einheit Deutschlands.

Dieser neue Schritt, den Ihr im Kampf gegen den Sozialimperialismus und die revisionistische Clique in Ostdeutschland gemacht habt, ist nicht nur ein Beitrag für die Sache der Befreiung und der Revolution des deutschen Volkes, sondern auch für die Befreiungs- und Revolutionskämpfe der Völker der ganzen Welt. Denn der sowjetische Sozialimperialismus, der heute die aufsteigende Supermacht und der hauptsächliche Kriegstreiber ist, verwandelte Ostdeutschland in ein Sprungbrett zum Angriff in Europa.

**Die revisionistischen Verräter hofften, mit der Lüge, die DDR sei ein „Paradies der Arbeiter und Bauern", die Werktätigen zu betrügen. Aber heute gibt das deutsche Proletariat ihnen seine revolutionäre Antwort. Diese Antwort ist die Erhebung der *„Für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland"* beschrifteten roten Fahne auch in Ostdeutschland. Wir sind davon fest überzeugt, daß das deutsche Proletariat sich unter dieser Fahne vereinigt, alle deutschen Werktätigen und patriotischen Kräfte im Kampf gegen die beiden Supermächte sowie gegen die Diktatur der Bourgeoisie in Ost- und Westdeutschland führen und früher oder später das unabhängige, vereinte und sozialistische Deutschland verwirklichen wird. Die Arbeiter und Bauern der Türkei unterstützen diesen Kampf des deutschen Proletariats und des deutschen Volkes von ganzem Herzen.**

**Genossen, wir gratulieren zu Eurem Erfolg mit internationalistischen Gefühlen und senden Euch allen, besonders unseren Genossen, die in Ostdeutschland unter der Unterdrückung der sozialfaschistischen Diktatur das Kampfesbanner erheben, unsere kommunistischen Grüße.**

**Das Zentralkomitee**

**der Revolutionären Arbeiter-Bauernpartei der Türkei (TIIKP)**

## Grußadresse von Mitgliedern der GDCF-Reutlingen

13 der insgesamt 18 Teilnehmer der Mitgliederversammlung der *Gesellschaft für deutsch-chinesische Freundschaft (GDCF)* begrüßen die Gründung der Sektion DDR der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) bei 4 Enthaltungen und einer Gegenstimme, als einer organisierten Kraft, die die Freundschaft mit dem chinesischen Volk fördert und vertieft — ungeachtet der anderweitigen Ziele der KPD/ML in der DDR.

Freundschaft mit China, das heißt in der DDR Unterdrückung, Schikane, Gefängnis. Schon das Lesen der „Peking Rundschau" steht unter Strafe. Um so mehr achten wir die Freunde und Mitglieder der KPD/ML in der DDR, die ungeachtet aller Gefahren die große Tradition der deutsch-chinesischen Freundschaft früherer Jahre weitertragen, als Zehntausende, Hunderttausende in Berlin, München, Leipzig, Hamburg, Dresden usw. zur Unterstützung des Kampfes des chinesischen Volkes auf die Straße gingen. Die Fortführung dieser Tradition in diesem Teil Deutschlands zeigt klar, daß die deutsch-chinesische Freundschaft durch eine noch so große chinafeindliche Hetze und direkte Unterdrückung nicht aus der Welt zu schaffen ist!

Freundschaft mit China zeigt sich auch dann klar und deutlich, wenn man sie ungeachtet der Gefahren — dort Gefängnis, hier mögliches Berufsverbot für das Reutlinger Vorstandsmitglied U. Z., Bespitzelung der GDCF-Veranstaltungen und Reisen nach China durch politische Polizei, Verfassungsschutz und militärischen Abschirmdienst — ungebrochen fortführt.

**Es lebe die deutsch-chinesische Freundschaft!**

**Reutlingen, den 24. Februar 1976**

# Die sozialistische DDR war eine große Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse

Genossen, viele von Euch sind noch jung und wir sollten uns heute daran erinnern, daß die DDR einmal ein sozialistischer Staat war, auf den sich die Hoffnungen und die Blicke nicht nur der Werktätigen Westdeutschlands, sondern ganz Europas richteten. Schon früh wurde das Eigentum der Kriegsverbrecher und Nazis beschlagnahmt. Die Monopole wurden restlos beseitigt. Verkehrsmittel, Banken, der größte Teil der Industrie und des Handels wurden in Volkseigentum überführt. Die Bodenreform begann schon im Herbst 1945. Es wurden damals 6986 Güter und 3082 Besitzungen von Nazis konfisziert, insgesamt 3,1 Millionen Hektar Land. Davon wurden 2 Millionen Hektar an 543 000 landlose und landarme Bauern verteilt und 1000 volkseigene Güter geschaffen.

Es waren schwierige Bedingungen, unter denen der Aufbau des Sozialismus in der DDR vor sich ging. Die vor der Roten Armee zurückweichenden Faschisten hatten Industrieanlagen, Werke und auch Verkehrswege zerstört. Aber auch die Amis warfen angesichts des Vormarsches der Roten Armee auf Leuna und andere Werke Bomben. Die Imperialisten haben Industrieanlagen, Unterlagen, ja sogar Personal aus der DDR nach Westen verlagert. Ein schwerer Schlag für die DDR, die keine eigene Schwerindustrie besaß, war es, daß die Imperialisten das Ruhrgebiet und das Saarland von der DDR abschnitten.

Aber bereits 1950 wurde der erste Zweijahresplan aufgestellt und vorfristig erfüllt. Sofort nachdem das Ruhrgebiet von der DDR abgeschnitten worden war, wurde in der Nähe von Frankfurt das Hüttenwerk J. W. Stalin errichtet. Der erste Hochofen wurde 1951 angeblasen. Im gleichen Jahr entstand das Eisenhüttenwerk West an der Saale. In Stralsund, Wismar und Warnemünde wurden große Werften erbaut. Neue Walzstraßen in Risa, Henningsdorf, Maxhütte. Die Textil- und Leichtindustrie wurde wieder aufgebaut, der Braunkohleabbau wieder aufgenommen — ich erinnere nur an das Werk „Schwarze Pumpe". Und auch im Kulturwesen setzte sich der Sozialismus durch. Im Gegensatz zur revisionistischen ‚Kultur' heute entstanden damals in der DDR revolutionäre Filme, die heute drüben praktisch nicht mehr aufgeführt werden.

**Das alles war nur möglich im harten Klassenkampf. Der Sozialismus wurde in der DDR nicht friedlich errichtet, wie uns Ulbricht später weismachen wollte.** Die Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus in der DDR war die bewaffnete Zerschlagung des deutschen Imperialismus in der DDR vor allem durch die Rote Armee. Unter dem Schutz der Roten Armee entstanden die proletarischen Kampfverbände. Der Klassengegner versuchte natürlich von Westdeutschland und Westberlin, diesem Brückenkopf des Imperialismus, aus, die Bevölkerung der DDR gegen die Diktatur des Proletariats aufzuhetzen. Sie warben Agenten an, schleusten Spitzel ein. Die Genossen, die damals diese Verhältnisse kennengelernt haben, werden noch wissen, wie Sabotage verübt wurde, wie Kommunisten in der DDR ermordet wurden.

**Diese Schwierigkeiten konnten nur überwunden werden, wenn es gelang, die unverbrüchliche Einheit zwischen dem Proletariat und seinen Verbündeten zu schmieden.** Die Voraussetzung dafür war die stählerne Einheit von Partei und Arbeiterklasse. Dazu mußte an der Reinheit der Partei, an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festgehalten werden. Das war eine Lebensfrage für die DDR. Die erfolgte notwendige Vereinigung von KPD und SPD in der DDR zur SED hatte neben ihren positiven Seiten aber auch negative Aspekte. Ihr wißt, daß es damals nach dem Krieg in Deutschland eine große spontane Bewegung zur Vereinigung beider Parteien gab. Und es war richtig, daß sie in Angriff genommen wurde. Aber es lag auch eine große Gefahr darin. Mit den sozialdemokratischen Genossen kam nämlich auch der Sozialdemokratismus, der revisionistische Wurm, in die Partei hinein.

Das Mittel dagegen war der vorrangige ideologische Aufbau der Partei, die Bolschewisierung der SED im Kampf gegen Sozialdemokratismus und Revisionismus, gegen Pragmatismus und Bürokratismus. Und von größter Bedeutung war die Schmiedung der großen Einheit von Partei, Klasse und Massen. Genossen, wenn es diese Einheit von Partei, Klasse und Massen gibt, dann ist das Volk unüberwindlich, dann kann man keinen Revisionismus durchsetzen, dann werden die Feinde abprallen. Deshalb ist diese stählerne Kampfgemeinschaft ungeheuer wichtig, nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kampf für die Errichtung des Sozialismus.

Diesen Weg gingen damals die revolutionären Marxisten-Leninisten in der SED, zu denen allerdings Ulbricht und Honecker nie gehört haben. 1948/49 gab es beispielsweise ein Kampagne zur Bolschewisierung der SED. Das darf man auf keinen Fall unterschlagen. Es waren Maßnahmen vorgesehen zur revolutionären Erziehung und Schulung, gegen Karrierismus, zur Ausrichtung der Partei auf die Betriebe, zur Entfaltung der Masssenlinie. Doch Ulbricht und Konsorten verhinderten ihre konsequente Durchführung. **Und dennoch war der sozialistische Aufbau der DDR in diesen ersten Jahren ein großer Erfolg. Er war unsere Hoffnung.**

# Zur Kritik an der Gründung der Sektion DDR unserer Partei

Die Marxisten-Leninisten in aller Welt haben die Gründung der Sektion DDR unserer Partei begeistert begrüßt. Ich will hier nur eine Stimme zitieren, auch wenn einige sie schon aus dem ROTEN MORGEN kennen: *„Die albanischen Kommunisten, unsere Arbeiterklasse und das gesamte Volk freuen sich von ganzem Herzen über die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML und begrüßen sie flammend. „Die Partei der Arbeit Albaniens" hat Genosse Enver Hoxha betont, „wird die marxistisch-leninistische Bewegung, alle, die gegen Imperialismus und Revisionismus für den Sieg der Revolution und des Sozialismus kämpfen, mit allen Kräften und Möglichkeiten unterstützen. Das sozialistische Albanien entbietet den deutschen Marxisten-Leninisten und allen Revolutionären zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML revolutionäre Grüße und wünscht ihnen neue Siege in der sozialistischen Revolution."* Das schrieb „Zeri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens.

Halten wir das Geschimpfe der Trotzkisten vom KB Nord dagegen. Wörtlich haben die geschrieben: *„Es liegt auf der Hand, daß die gesamte Sektion DDR der KPD/ML nichts weiter ist als ein Schreibtischprodukt des schon immer phantasiebegabten ML-Vorsitzenden Ernst Aust."* Nun, das kann niemanden wundern, wir kennen diese Leute. Vielleicht ist auch die KPD/ML so ein Schreibtischprodukt, das irgendwo in der Gegend herumflattert.

Vom KB Nord sind wir dergleichen gewohnt. Aber auch die GRF, die sich KPD nennt, hat sich nicht entblödet, in das gleiche Horn zu stoßen. Wörtlich heißt es in der „Roten Fahne" Nr. 9, S. 10: *„Der Verdacht drängt sich auf, daß es sich bei dieser Sektionsgründung um ein taktisches Manöver vom Schreibtisch aus handelt, das nur den Zweck hat, die Verhandlungspositionen der KPD/ML gegenüber unserer Partei zu verbessern, das also einem kleinbürgerlichen Konkurrenzgeist entsprungen ist."* Das ist schon ein Hammer, das muß man zweimal lesen. Wir hätten die Partei in der DDR am Schreibtisch gegründet? Das sollen sie mal den Genossen, die seit über zwei Jahren die Verbindungen geknüpft haben, und den Genossen in der DDR selbst ins Gesicht sagen! Wir wollen die Verhandlungsposition ihnen gegenüber verbessern? — Da wäre es doch das Beste, um diesen Verdacht zu entkräften, wenn wir die Verhandlungen gleich abbrächen! Wie stellen sich diese Leute eigentlich die Herstellung der Einheit der Marxisten-Leninisten vor? Als Schacher? Du hast die Position, ich habe die Positionen, dann rechnen wir zusammen und irgendwie werden wir uns einigen? — Nein, Genossen, so stellen wir uns den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten nicht vor. Wir sagen ganz offen: Wenn sie so weitermachen wollen, wenn sie nicht den Kampf um die Prinzipien des Marxismus-Leninismus führen, sondern in der Art dieses Artikels fortfahren wollen, sagen wir ihnen ganz klar und ehrlich: dann können sie uns kreuzweise.

Man muß diesen Artikel — ich empfehle ihn als ein negatives Beispiel — gelesen haben. Da schreiben sie zur Gründungserklärung der Sektion DDR unserer Partei: *„Ein Dokument des Opportunismus und der Spaltung".* An der Erklärung wird kritisiert, es stünde nichts von der revisionistischen Entartung der KPdSU, nichts von Thälmann, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, von der 5. Kolonne des russischen Sozialimperialismus und der Rolle der Arbeiteraristokratie, vom 20. Parteitag der KPdSU, von der Entartung der KPD usw. darin. Abgesehen davon, ob das überhaupt stimmt, können wir hinzufügen: Es steht nichts von Pieck und Grotewohl, vom FDGB, von der kapitalistischen Warenwirtschaft, vom großen Vaterländischen Krieg oder vom Bauernkrieg darin. Genossen, in letzter Konsequenz heißt das, die Gründungserklärung muß schon das fertige wissenschaftliche Programm sein. **Abgesehen davon, daß die Sektion DDR sich ja auf den programmatischen Grundlagen unserer Partei gegründet hat, läuft diese Fragestellung auf die Behauptung hinaus, daß es ohne Programm keine Partei geben könne.** Dann wäre die KP Chinas 27 Jahre lang keine Partei gewesen, weil sie ihr Programm erst 27 Jahre nach der Parteigründung verabschiedet hat. Die Albaner hätten sich überhaupt nicht befreien und die Volksmacht errichten dürfen, weil die Partei ihr Programm noch nicht geschrieben hatte. Sehen wir uns spaßeshalber das Gründungsdokument der KPD an. Da steht nichts von Marx, Engels und Lenin darin, nichts von der großen sozialistischen Oktoberrevolution usw. Was hätten die Gründungsmitglieder der KPD zu hören bekommen, wie wären Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von der GRF kritisiert worden, wenn es sie damals schon gegeben hätte. Aber sollen die Führer der GRF

sich doch einmal ihre eigene Gründungserklärung vornehmen und sie mit der Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML vergleichen. Aber sie können sich beruhigen. **Das Programm unserer Partei wird ein gesamtdeutsches Programm sein. Es wird mit den Genossen der DDR gemeinsam ausgearbeitet und beraten und auf dem Parteitag verabschiedet werden.**

Zweitens werfen sie uns vor, daß wir die Gründung der Sektion DDR unserer Partei nicht mit ihnen abgesprochen haben... Warum hätten wir sie informieren sollen? Sind wir denn eine Partei? Sicher, wir streben dahin, aber noch ist es nicht so weit.

Sie führen dann ihre Verdienste an, ihre Propagandamaterialien zirkulieren in der DDR? — Was meinen sie denn, was unsere tun, wie die Genossen drüben zu uns gekommen sind? Sie führen an, sie hätten bei den Weltjugendfestspielen diskutiert, hätten am 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus am Treptower Ehrenmal demonstriert und seien verhaftet worden. Niemand, wir zu allerletzt, will ihnen jegliche Verdienste absprechen.

(...)

Aber Genossen, das ist noch keine ernsthafte und konsequente Arbeit zum Aufbau der Partei in der DDR. Wir haben davon eine andere Auffassung. Der Parteiaufbau muß ideologisch vorbereitet werden, man muß da sorgfältig und vorsichtig herangehen. Wir sind keine Showpartei und keine Abenteurer. Wir sind nie in den Fehler verfallen, der Bourgeoisie die Hälfte unserer Genossen bei Wahlen als Kandidaten zu präsentieren, und wir haben die Namen der Mitglieder unseres Zentralkomitees nie preisgegeben. So lange diese Fehler bei der GRF nicht verschwunden sind, sind sie für uns ein weiterer Grund dafür, sie nicht über die Arbeit in der DDR zu informieren, weil wir nach Möglichkeit jedes Risiko ausschließen müssen, aufgrund dessen unsere Genossen dem Stasi in die Hände fallen könnten. Auch Risiken, die nicht bewußt, sondern durch Leichtsinn geschaffen werden.

(...)

So wie wir die Führer der GRF kennen, müssen wir damit rechnen, daß sie ihre Spaltertätigkeit nun fortsetzen und uns bald eine GRF in der DDR präsentieren werden. Wir hoffen, daß sie diesen Weg nicht beschreiten werden. Wir möchten der GRF mit dem — nun auf sie gemünzten — Schlußabsatz des bereits zitierten Artikels der „Roten Fahne" antworten: **Wenn wirklich nur ein Funke des Geistes der ernsthaften Selbstkritik vorhanden ist, dann gilt es, ihn jetzt anzuwenden. Die Mitglieder der GRF (KPD), die den revolutionären Wunsch nach Einheit besitzen, haben die Verpflichtung, weiteren Schaden abzuwenden und solchen unverantwortlichen Manövern — und ich möchte hier hinzufügen, nicht nur den unverantwortlichen Manövern, sondern klassenversöhnlerischen, antimarxistisch-leninistischen Auffassungen ihrer Führer — konsequent entgegenzutreten.**

Sie, die Führer der GRF, werfen uns vor, wir wollten durch die Gründung der Sektion DDR unserer Partei vom ideologischen Kampf ablenken. Die Gründung der Sektion DDR und die Vereinigung der Genossen auf der korrekten marxistisch-leninistischen Grundlage ist scharfer ideologischer Kampf gegen den modernen Revisionismus. Und wir führen auch — vielleicht lesen sie den ROTEN MORGEN zu unaufmerksam — seit langem den ideologischen Kampf mit ihnen. Und das sehr erfolgreich. So haben sich aufgrund dieses ideologischen Kampfes in der letzten Zeit über 100 Genossen der GRF und ihrer Massenorganisationen von der GRF getrennt und sind zur Partei gekommen.

Was will die GRF den Arbeitern hier sagen? Will sie ihnen sagen: Kämpft nur noch gegen den USA-Imperialismus oder den Sozialimperialismus? Die Arbeiter werden sie auslachen. Und so ist es auch in der DDR. Die Arbeiter sehen doch, wer sie ausbeutet und sie sehen, daß diese Leute völlig abhängig vom Sozialimperialismus sind. Deshalb muß sich der Kampf der Genossen in der DDR, der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR eben gegen die herrschende russische Monopolbourgeoisie richten und gegen die neue Bourgeoisie der DDR, die vollständig von Moskau abhängig ist. **Wenn die GRF so argumentiert, daß die neue Bourgeoisie nur als Landesverräter angegriffen werden darf, bedeutet das praktisch, daß der Kampf für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in der DDR fallengelassen und der Kampf für die Unabhängigkeit vom Sozialimperialismus zur Hauptaufgabe werden soll.**

(...)

Wir haben nun eine marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML, für ganz Deutschland. Sie hat ein Zentralkomitee, in dem prinzipiell Mitglieder der einzelnen Sektionen unserer Partei (Bundesrepublik, Westberlin, DDR) vertreten sind. Das Zentralkomitee bestimmt die strategische Linie des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland. In taktischen Fragen, die die Führung des Klassenkampfes in der DDR, der Bundesrepublik oder in Westberlin betreffen, besteht natürlich eine gewisse Selbständigkeit der Sektionen. Natürlich sind die Bedingungen für den Kampf in den Gewerkschaften in der DDR anders als in der Bundesrepublik oder in Westberlin. Da müssen konkrete Analysen gemacht werden. Oder nehmen wir die Frage der revisionistischen Partei. In Westdeutschland ist die Sache für uns sehr klar: Kein Bündnis, keine Aktionseinheit mit den modernen Revisionisten, nur schonungsloser Kampf. In der DDR stellt sich die Frage sicher etwas anders. Unter dem Hitlerfaschismus hatten die Genossen ja auch den Auftrag, in die SA hineinzugehen und dort zu arbeiten. Von den polnischen Genossen wissen wir, daß ihre Mitglieder ebenfalls in der revisionistischen Partei arbeiten, den Marxismus-Leninismus dort verteidigen, wobei sie es ausnutzen, daß die Revisionisten sich ja in Worten auch auf den Marxismus-Leninismus berufen. Auch diese Frage muß für die DDR konkret untersucht werden.

**Das heißt: Die Taktik des Kampfes ist in vieler Hinsicht in Westdeutschland und der DDR verschieden. Was uns aber verbindet sind die Prinzipien des Marxismus-Leninismus, ist unser gemeinsames Programm und die gemeinsame Führung durch das Zentralkomitee sowie die Durchführung der gemeinsamen Beschlüsse im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.**

# Wer ist der Hauptfeind der sozialistischen Revolution ?

Ich möchte jetzt gleich überspringen auf eine Frage, die hier bestimmt von Interesse ist. Das ist die Frage des Hauptfeindes. Ihr wißt, im März vergangenen Jahres habe ich in Kiel eine Rede gehalten. In Bezug auf diese Rede wird jetzt versucht, Widersprüche innerhalb des Zentralkomitees zu erzeugen. Auf der einen Seite soll angeblich ich stehen und auf der anderen Seite Kräfte, die dagegen angehen. Ich vertrete die korrekte Linie, die anderen die verkehrte. Genossen, eines ist doch klar: **Wenn ich eine Rede von grundsätzlicher Bedeutung halte, dann wird diese Rede natürlich im Zentralkomitee durchgesprochen. Das gibt es doch gar nicht anders.**

Diese Rede, Genossen, war ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr. Sie hat eine große und wichtige Diskussion ausgelöst. Die Analyse des russischen Sozialimperialismus, die wir in dieser Rede gegeben haben, ist vollkommen korrekt. Er ist, was die Frage des Krieges betrifft, der gefährlichste Feind der Völker. Er ist die jüngere, aufstrebende imperialistische Supermacht, die, wie einst Hitlerdeutschland, mit aller Macht die Neuaufteilung der Welt anstrebt. Nach innen herrscht in der Sowjetunion eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers. Der russische Sozialimperialismus versklavt die Völker in seinem Bereich. Er hat seine fünften Kolonnen. Gerade im letzten Jahr haben wir gesehen, wie er überall in der Welt auf

# Eine gemeinsame Partei, ein gemeinsames Programm, ein gemeinsames Ziel

Als ich die Nummer des ROTEN MORGEN mit der Gründungserklärung der Sektion DDR unserer Partei verkaufte, sprach mich ein Genosse des KBW an: „Wieso KPD/ML in der DDR gegründet? Das dürft Ihr doch nicht." Genossen, und ob wir das dürfen! Im Statut unserer Partei vom 31. 12. 68 steht in der Präambel folgender Satz: ***„Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten vereinigt den fortschrittlichen Teil der Werktätigen Deutschlands in ihren Reihen. Die Partei kämpft gegen alle Spalter der Nation."*** Und im Absatz 4 des Statuts unserer Partei steht: ***„Mitglied der Partei kann werden, wer seinen Wohnsitz in Deutschland hat."*** Wohnen unsere Genossen in der DDR vielleicht nicht in Deutschland? Natürlich wohnen sie in Deutschland.

Da gibt es Leute — z. B. von der „Strömung" —, die behaupten, wir seien Revanchisten, weil unsere Partei in ganz Deutschland kämpft. Waren die Nordvietnamesen etwa Revanchisten bzw. Chauvinisten als sie ihren Klassenbrüdern im Süden zur Hilfe kamen...? Wenn die deutsche Arbeiterklasse in West und Ost sich gegenseitig in ihrem Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen die wachsende Kriegsgefahr, für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten unterstützt, dann ist das die Klassensolidarität einer Arbeiterklasse, nämlich der deutschen. (...)

Die GRF wirft uns vor, daß wir die Honecker-Clique nicht nur als Landesverräter, sondern auch vom Klassenstandpunkt aus als neue Bourgeoisie angreifen. Wörtlich schreiben sie, wir würden *„die neue Bourgeoisie mit den Sozialimperialisten in einen Topf werfen"*. Erstens tun wir das nicht, sondern wir sagen, daß die neue Bourgeoisie der DDR vollständig von der russischen Monopolbourgeoisie beherrscht wird, daß die neuen Bourgeois der DDR Lakaien Moskaus sind. Zum anderen, wer ist denn diese staatsmonopolistische Bourgeoisie in der DDR, die wir angeblich nicht als Ausbeuter und Unterdrücker angreifen dürfen? Das sind nicht viele. Das sind nicht mehr als das Finanzkapital in Westdeutschland. Einige hundert Leute, mehr nicht. Das ist die Parteispitze, das Politbüro, das Sekretariat der SED. Das ist der Ministerrat, das sind die Vorsitzenden der vereinigten Volkseigenen Betriebe, das sind einige höchste Generäle. Zählt man alles zusammen, ist es eine ziemlich kleine Schicht, die alle Machthebel in der Hand hat. Sie stützt sich natürlich auf eine andere, von ihr bestochene bourgeoise Schicht, die breiter ist und aus hohen Technikern, Wissenschaftlern, Funktionären, LPG-Vorsitzenden und Betriebsleitern usw. besteht. Honecker hat gesagt, er sei der Meinung, daß er den Kommunismus noch erleben werde. Ich bin der Meinung, daß er noch untertrieben hat. Der Honecker lebt schon im Kommunismus, nur die Arbeiter nicht... Diese Art von Kommunismus wird die Arbeiterklasse sich allerdings nicht gefallen lassen. Wie lebt denn die großbürgerliche Schicht in der DDR? Die haben alles. Ihre Villen und Datschas in besonderen Gebieten, Hausmädchen usw. Sie leben genauso wie die Bourgeoisie im Westen. Aber wie gesagt, das ist natürlich eine kleine Schicht. Nicht jeder kleine Parteisekretär, nicht jeder kleine Betriebsleiter lebt so. Sie haben oft das Doppelte eines Arbeiterlohnes, aber nicht mehr.

Das muß man natürlich genau analysieren. **Nur eines ist klar: Der Kampf der Arbeiterklasse in der DDR richtet sich genauso wie der Kampf der Arbeiterklasse in Westdeutschland gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Und das ist eben die Bourgeoisie. In der DDR also nach der russischen Monopolbourgeoisie auch die neue ostdeutsche Bourgeoisie.**

## *KPD/ML — Sektion DDR*

I.

Die Herren haben verraten,
verraten das Proletariat.
Sie haben das Land beladen
mit Mauern und Stacheldraht.

Sie haben ein Heer im Lande,
ein fremdes, ein russisches Heer;
und es setzt die Besatzer-Bande
aufs Land ihre Stiefel schwer.

Und frech die Herren stolzieren,
ostdeutsche und russische frech. —
Doch einmal werd'n sie verlieren,
einmal zahl'n sie die Zech'!

Einmal wird man sie packen
trotz all ihrer Rüstung schwer! —
Sie haben doch heut schon im Nacken
die KPD/ML — Sektion DDR!

II.

Irgendwo in einer Wohnung, drüben in einer Stadt
in dem anderen Teil Deutschlands, da hinterm Stacheldraht, —
da sitzen welche und halten Rat.

Die Tür ist verschlossen. Das Fenster auch.
Sie sitzen schon lange. Der Raum hängt voll Rauch.
Sie sprechen gedämpft. Müssen aufpassen jeden Moment. —
Denn auf dem Tisch, um den sie sitzen,
da zwischen Schriftkram, Tassen, Notizen, —
da liegt, jawohl, das Gründungsdokument!

Und draußen jagt Feuerwerk auf und zerkracht:
Das Jahr geht zu Ende — Silvesternacht.

Und einer steht auf und spricht: „Genossen!
Hiermit sind die Vorarbeiten abgeschlossen.
Ihr wißt: unwiderruflich ist der Verrat
der Herren da oben in Partei und Staat. —
Eine neue Partei braucht das Proletariat!
Die Zeit ist längst reif — auch bei uns hier im Staat! —

Groß waren die Mühen, die nun hinter uns liegen!
Vor uns der Weg, Genossen, wird schwer! —
Doch von nun an führt uns ja vorwärts, zu siegen —
die KPD/ML — Sektion DDR!"

III.

Und irgendwo drüben, in einer Stadt
im anderen Teil Deutschlands, da hinterm Stacheldraht, —
da rauscht ein Neujahrsball in einem Saal;
am Fenster steht ein russischer General
und neben ihm steht von der SED
ein Herr und hebt sein Glas in die Höh: —
„Prosit Neujahr, General! Auch für künftige Zeit
auf brüderliche Zusammenarbeit!"

— Ein Prost, General! Prost auf die Lohnsklaverei!
Auf das Normensystem! Auf die Antreiberei!
Ein Prost auf den russischen Extraprofit
und ein Prost auf den russischen Stiefeltritt!
Ein Prost auf Mauer und Stacheldraht,
auf Folter, Gefängnis, Überwachungsapparat!
Ein Prost auf die Träume von Glanz und Sieg
und ein Prost auf die Rüstung und ein Prost auf den Krieg!...

— Und ein Prost! und ein Prost! ...Und es rauscht der Ball.
— Und Prost-Neujahr! ...Und Gläserklang!
— Ja, lach nur, Bourgeois! Trink, General!
Ihr trinkt und lacht nicht mehr lang!
Bald wird euch das Lachen im Halse stecken,
bald schmeckt auch der Sekt nicht mehr! —
Denn ihr habt jetzt im Land euren Tod, euren Schrecken: —
die KPD/ML — Sektion DDR!

IV.

Und draußen verknistern die Feuerwerksbrände,
Funken versprühn im Wind.
Das Jahr, das alte, ging zu Ende,
das neue Jahr beginnt.

Und mit dem neuen Jahr fängt still
was Neues an und breitet sich aus:
Am Neujahrstag steigt es in Auto und Bahn,
fährt in das Land hinaus.

Und gelangt in die Städte, läuft durchs Dorf,
knüpft Verbindungen weit im Land.
Es schlüpft durch die Netze vom Staatssicherheitsdienst,
hält Kerkern und Folter stand.

Es setzt sich fest in den Fabriken,
es reicht den Bauern die Hand;
es schreibt die Parolen der Freiheit
rot auf die Häuserwand.

Und es sammelt und schafft im Untergrund
ein unüberwindliches Heer!
— Einen Gruß Euch nach drüben, illegale Genossen
der KPD/ML — Sektion DDR!

V.

Im Mauerstaat drüben bricht sich was Bahn! —
Sieh hinüber, Bauer! Arbeiter, hör!
Dort bricht aus Nacht und Kerker die Fahn'
mit Hammer, Sichel und Gewehr!

Sie ruft dort zum Kampf das Proletariat;
sie stößt dort den Bauern an; —
und es ist wie hier im westdeutschen Staat
die gleiche rote Fahn'.

Es ist die Fahne der Einheit,
die Fahne **einer** Nation!
Sie zeigt in Ost und West den Weg —
Revolution!

Und rot wird sie einst überm ganzen Land,
rot über der Ruhr, über Sachsen aufziehn,
überm süddeutschen Land, an der Wasserkant'
und über der Stadt Berlin!

— Ja, drüben im Mauerstaat bricht sich was Bahn! —
Sieh hinüber, Bauer! Arbeiter, hör!
Deinem Kampf geht die KPD/ML voran
in Westdeutschland und in der DDR!

dem Vormarsch ist. Dabei ist der US-Imperialismus, gerade jetzt haben wir es wieder von Ford gehört, keineswegs weniger gefährlich. Aber das haben wir auch nie behauptet...

**Aber ein Fehler ist in dieser Rede enthalten. Und zwar haben wir in unzulässiger Weise die Frage der Kriegsgefahr mit der Frage der sozialistischen Revolution vermischt.** Der KBW ist sofort darauf angesprungen und hat gesagt, wir wollten in Westdeutschland den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus einstellen. Genossen, das hat es ja nun zu keiner Zeit gegeben. Trotz der Diskussion, die in der Partei gelaufen ist. Wer hat denn den westdeutschen Imperialismus hier bekämpft? Das waren doch wir. Warum sitzen denn unsere Genossen im Gefängnis? Warum erhalten wir die hohen Geldstrafen? Weil wir gegen die Bourgeoisie, den westdeutschen Imperialismus kämpfen. Diese „Strafen" erhalten wir doch nicht vom Sozialimperialismus!

Wir haben über diese Frage des Hauptfeindes in der Partei und im Zentralkomitee diskutiert. Es ist ganz normal, daß es zeitweilig Diskussionen gibt um Fragen, die noch nicht geklärt sind. Wir haben uns auch mit den Bruderparteien beraten. **Wie ihr wißt, auch mit den albanischen Genossen. Gerade Genosse Ramiz Alia hat uns zum Verständnis dieser Frage eine große Hilfe gegeben.** Er hat sinngemäß gesagt: Genossen, macht Euch doch die Frage nicht so schwer. Es ist doch ganz einfach. Wenn ihr dasteht und kämpft und ihr habt die Knarre in der Hand, auf wen schießt ihr dann? Auf den, der Euch gegenübersteht. Wenn der fällt, dann nehmt Ihr den nächsten. Und wenn der fällt, dann nehmt ihr wieder den nächsten. Du bekämpfst erst den, der vor dir steht und machst dich nicht groß, um erst den, der dahintersteht, abzuschießen. Nach Meinung der GRF-Führer wird das wahrscheinlich eine bornierte Haltung des Genossen Ramiz Alia sein. Wir haben also klar gesagt, daß in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der Revolution ist. Dann kommt der US-Imperialismus. Und wenn die Sozialimperialisten hier einmarschieren, dann sind sie der Hauptfeind.

**Wir haben also einen Fehler gemacht. Es war völlig richtig, daß wir die Frage der wachsenden Kriegsgefahr auf die Tagesordnung und die Diskussion darüber in Gang gebracht haben. Nur ist es eben so, daß nach der Einschätzung der chinesischen Genossen, die wir teilen, sowohl die Faktoren des Krieges als auch die der Revolution im Wachsen begriffen sind.** Es gibt also zwei Seiten und beide sind gleich wichtig. Man muß beide im Auge haben. Aber was kommt eher, der Krieg oder die Revolution? Das können wir nicht sagen. Ich habe in meiner Kieler Rede gesagt, es habe den Anschein, daß der Krieg zuerst kommt. Sollte diese Einschätzung stimmen — es kann auch anders kommen — selbst dann könnten wir uns doch nicht hinsetzen und bis zum Kriegsausbruch Däumchen drehen. Nein, Genossen, in der Zwischenzeit geht der Klassenkampf eisern weiter. Wenn ich in meiner Rede gesagt habe, daß die Revolution in Westdeutschland, in Frankreich oder auch in Belgien den Weltkrieg nicht wird verhindern können, so ist das korrekt. Aber wer kommt auf die Idee, daraus zu schließen, daß wir den Kampf um die Revolution eingestellt hätten? Das ist doch vollkommen irrsinnig. Wir kämpfen gegen die Kriegsgefahr. Aber wie kämpft man denn gegen die wachsende Kriegsgefahr? Etwa indem man sagt, daß man die Bundeswehr nicht mehr zersetzen will? Das sagt die GRF, das hat ihr ZK-Mitglied Lenze gesagt...




Ich habe in einer Analyse neulich gelesen, daß die Armeen der Niederlande, Dänemarks und Englands viel schwächer sein sollen als die Bundeswehr. Aber was sagen denn selbst die Bundeswehrsoldaten, wenn man sie fragt, was sie tun werden, wenn es zum Krieg kommt? Eine ganze Reihe sagt: Ich gehe schnell in die Schweiz, nach Norwegen oder Dänemark usw. Die Soldaten haben keine Lust zu kämpfen. **Das trifft für den größten Teil zu, das ist die reale Lage und das ist keineswegs schlecht.** Die Soldaten wissen nämlich eines ganz genau. Sie fragen, für wen sollen wir kämpfen? Sollen wir für die Krupp und Thyssen kämpfen? Das haben wir doch in zwei Weltkriegen erlebt, wie die Arbeiter dort verheizt worden sind für imperialistische Interessen. Das sehen und fühlen sie. Und der Krieg, der zwischen dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus im Entstehen ist, ist ein imperialistischer Krieg. Die Soldaten haben keine Lust, sich verheizen zu lassen...

**Die Kollegen werden nicht auf die Barrikaden gehen und das Gewehr in die Hand nehmen, wenn du ihnen nicht sagst, daß es sich zu kämpfen lohnt, daß wir nicht ein imperialistisches Deutschland verteidigen, sondern für ein Arbeiter- und Bauern-Deutschland kämpfen.** Das ist die Perspektive. Dafür müssen wir sie gewinnen und organisieren. D. h., wir müssen in der Bundeswehr arbeiten und die Bundeswehrsoldaten für unsere politischen, revolutionären Ziele gewinnen. Natürlich bedeutet das, daß wir die imperialistische Armee zersetzen. Sonst kann man nicht siegen.

Natürlich ist es richtig, die Forderung der Volksbewaffnung aufzustellen. Natürlich ist es richtig, wie ich es in einem Prozeß gemacht habe, zu sagen: Jedes Jahr werden 8 Milliarden für die Amerikaner bezahlt, angeblich zur Landesverteidigung. Dann wäre es doch besser, mit den 8 Milliarden Gewehre zu kaufen und die Arbeiter und Bauern damit auszurüsten. Das sagen wir jederzeit; denn wir sind für die Ausrüstung der Arbeiter und Bauern mit Gewehren. Natürlich ist aber die Bourgeoisie dagegen.

Die GRF hat den Weg des Klassenverrats beschritten. Sie will den Klassenkampf einstellen. Sie streitet das natürlich ab. Aber wie sieht das in der Praxis aus? Als ich neulich zu Bauern sprach, habe ich natürlich über die Agrarpreise gesprochen, über das Eingehen der Höfe usw. Ich habe übrigens auch vom Sozialimperialismus gesprochen. Aber ein Genosse der GRF stand auf und kritisierte, ich hätte nicht genug über die Kriegsgefahr, den Sozialimperialismus usw. geredet. Von Genossen aus der Bundeswehr weiß ich, daß inzwischen revolutionäre Soldaten der GRF davongelaufen sind, weil sie es einfach nicht verstehen, wenn zu ihnen gesagt wird, sie müßten aber jetzt das Vaterland verteidigen.

**Der KBW macht das anders. Er unterschätzt die Kriegsgefahr.** Er behandelt sie als eine Frage unter ferner liefen. Und er sagt: Was ist das für ein Krieg, der auszubrechen droht? — Das ist doch ein Krieg zwischen imperialistischen Mächten, also ein imperialistischer Krieg, an dem sich wahrscheinlich der westdeutsche Imperialismus auf westlicher und die DDR auf östlicher Seite beteiligen wird. Und sie sagen, Lenin lehrt uns, daß wir in einem imperialistischen Krieg die Gewehre gegen die eigene Bourgeoisie richten müssen. Das ist ja alles richtig. Aber was macht ihr denn, wenn die Sozialimperialisten hier durchmarschiert sind und die westdeutschen Imperialisten vertrieben sind oder kapituliert haben? Sollen wir uns dann hinsetzen und sagen: Warten wir mal ab, vielleicht kommen sie wieder zurück und dann richten wir die Gewehre gegen sie? Oder sollen wir — wie es richtig ist — die Gewehre dann gegen die russischen Sozialimperialisten richten? **Nein, Genossen, wer so argumentiert, verrät die Interessen der Nation und der sozialistischen Revolution. Wir werden den Feind bekämpfen, der vor uns steht und wenn hier die russischen Sozialimperialisten einmarschieren, dann werden wir sie bekämpfen...**

Wir leugnen auch nicht, daß die GRF uns unterstellt, die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen, patriotischen, antiimperialistischen Einheitsfront. Aber sie muß sich gegen beide Supermächte richten und nicht nur gegen den russischen Sozialimperialismus. Die GRF will die Amerikaner in Westdeutschland lassen. Sie argumentieren, dadurch würde uns eine Atempause gewährt. Genossen, nach dieser Logik wäre es nicht nur gut, daß hier gegenwärtig über 200000 Amerikaner in Westdeutschland sind, demnach wäre es besser, wenn 800000 oder 1 Million US-Besatzer in Westdeutschland wären. Das würde doch die Atempause wesentlich verlängern. Dann könnten doch die Amis gleich die „Verteidigung" übernehmen und vielleicht gehen sie sogar bei und beseitigen den westdeutschen Imperialismus.

**Genossen, diese Art Logik ist nichts anderes als Kapitulantentum.** Für eine revolutionäre nationale Front sind wir dagegen schon in der Erklärung unseres Zentralkomitees von 1973 eingetreten. Sie ist ein Hebel, um breite Massen über den Kampf gegen die beiden Supermächte und für die nationale Einheit für den Kampf für den Sozialismus zu gewinnen. Diese Front brauchen wir. Vor allem aber brauchen wir die revolutionäre Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten unseres Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kommunistischen Partei zum Sturz der eigenen Bourgeoisie.

Genosse Mao Tsetung hat darauf hingewiesen, daß das Volk drei Dinge braucht: die Kommunistische Partei, die Einheitsfront aller revolutionären Klassen und Schichten und die Volksarmee. (...)

Wie ihr wißt, arbeitet die Partei zur Zeit an ihrem Programm. In dem Programmentwurf stehen einige Sätze, die ich in diesem Zusammenhang zitieren möchte: *„Eine energische Führung zielt in den Tageskämpfen hauptsächlich darauf ab, die revolutionären Kräfte zu sammeln, durch die in verschiedenen Formen geführten Tageskämpfe das Bewußtsein des Proletariats und der Volksmassen zu heben, die Reihen der eigenen Klasse zu schulen und ihre Kampfkraft zu stählen. Sie muß sich ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch auf die Revolution vorbereiten. Nur dadurch wird sie, wenn die revolutionäre Situation herangereift ist, die Gelegenheit nicht versäumen, den Sieg zu erringen. Andernfalls wird die Gelegenheit für eine Revolution, selbst wenn eine revolutionäre Situation vorhanden ist, verpaßt. Der Ausbruch einer Revolution und ihr Sieg erfordern nicht nur das Vorhandensein einer objektiv revolutionären Situation, sondern auch die Vorbereitung der subjektiven revolutionären Kräfte und ihre Aktion. Deshalb müssen dem bewaffneten Kampf alle anderen Formen des revolutionären Klassenkampfes dienen, sie müssen so beschaffen sein, daß sie die Massen eben zur gewaltsame Revolution erziehen und ausbilden."* (...)

**In diesem Sinne, Genossen, möchte ich schließen und heiße, brüderliche Kampfesgrüße unseren Genossen, die jetzt in der DDR zusammensitzen, übersenden.**

**Es lebe der Kampf für die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland! Es lebe der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Es lebe die Revolution!**

## Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

**Verlag G. Schubert Postfach 300526 4600 Dortmund 30**

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

◯ für 1 Jahr ◯ für 1/2 Jahr ◯ Probenummer

**Name:** ......

**Straße:** ......

**Plz/Ort:** ......

**Unterschrift** ...... Datum ......

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

◯ jährlich DM 30,-- ◯ halbjährlich DM 15,-- ◯ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

## Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

◯ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ◯
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

**Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30,** Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

**PARTEIBÜROS:**

**LV Wasserkante, Hamburg,** Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Niedersachsen, Hannover,** Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

**LV Südwest, Mannheim,** Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Baden-Württemberg, Stuttgart,** Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**LV Bayern, München,** Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding),** Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

**Bielefeld,** Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Bochum,** Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

**Bremen-Walle,** Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

**Duisburg-Hochfeld,** Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Di und Do 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

**Frankfurt,** Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78.

**Kiel,** „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

**Köln-Kalk,** Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

**Lübeck,** Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

**Münster,** Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

## Veranstaltungen

**GESELLSCHAFT DER FREUNDE ALBANIENS E. V.**

**Filmveranstaltungen**

**Bremen,** Cinema Ostertor, Ostertorsteinweg, 26. 3. „Weiße Straße", 27. 3., „Operation Feuer", 28. 3., „Alte Wunden"

**ERÖFFNUNG DES ALBANIEN-ZENTRUMS**

**Essen,** 26. 3., 17.00 Uhr, Engelbertstr. 27, 19.00 Uhr, Veranstaltung, „Schlägel und Eisen", Essen-Katernberg, Ückendorfer Str.

**CISNU-NEUJAHRSFEST**

**Hamburg,** 27. 3., 19.00 Uhr, Mensa der Uni.

**NRW**

Am Samstag, den 27. 3. gibt die portugiesische Gesangsgruppe „GAC" ein Gastspiel in einer Stadt des Ruhrgebietes. Genauer Ort und Zeit kann im Dortmunder Parteibüro erfragt werden.